

Der Zimmerer.

Organ des Verbandes deutscher Zimmerleute (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Eingeschriebene Hilfskasse Nr. 2 in Hamburg).

Erscheint wöchentlich Sonnabends.

Preis pro Quartal ohne Bestellgeld Mk. 1,50. Anzeigen: die dreispaltige Zeile oder deren Raum 30 Pf., für Versammlungsanzeigen 10 Pf. pro Zeile.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger: A. Bringmann, Hamburg. Redaktion, Verlag und Expedition: Hamburg-Barmbeck, Fehlfelderstraße 28, I.

Nr. 24.

Hamburg, den 16. Juni 1894.

6. Jahrgang.

Inhalt: Die „Fürsprecher“ der Gewerkschaftsbewegung. — Eine Darstellung des Streits von einem Bürgerlichen. — Die Entwicklung der Dampfkräfte. — Berichte. — Sozialpolitisches. — Gewerkschaftliches und Lohnbewegung. — Gewerbegerichtliches. — Polizeiliches und Gerichtliches. — Baugewerbliches. — Literarisches. — Briefkasten der Redaktion. — Versammlungsanzeige. — Anzeigen. — Verkehrslokale. — Feuilleton: Der Anarchismus, seine Theorien und Geschichte.

Lohnbewegung.

Der Bezug ist fernzuhalten von **Barth i. B.** und **Danzig.**

Bekanntmachung.

Wir ersuchen alle Lokalverbände, wo dieses bis jetzt noch nicht geschehen ist, die Neuwahl des Lokalvorstandes unverzüglich vornehmen zu wollen. (Wiederwahl ist zulässig.) Die Vor- und Zunamen, sowie die genauen Adressen der neu- oder wiedergewählten Vorstandsmitglieder bitten wir bis spätestens zum 15. Juli an uns gelangen zu lassen, damit die Adressen zusammengestellt und veröffentlicht werden können.

Die erst in den letzten Wochen neu gegründeten Lokalverbände können von einer Neuwahl des Vorstandes in diesem Jahre Abstand nehmen.

Der Verbands-Vorstand.
S. A.: Fr. Schrader.

Die „Fürsprecher“ der Gewerkschaftsbewegung.

Es haben sich nun bald alle Korporationen, die auf die Wirthschaftspolitik einwirken wollen, oder doch mindestens ein großer Theil der Anhänger dieser Korporationen für die Gewerkschaftsbewegung ausgesprochen. Die sozialdemokratische Partei ist selbstredend geschlossen für die Gewerkschaftsbewegung, auch die Unabhängigen und Anarchisten; die freisinnige Partei giebt mindestens vor, für die Gewerkschaftsbewegung zu sein. So auch die Volkspartei. Die Zentrums-Partei hat einen Gesetzentwurf zu Gunsten der Gewerkschaftsbewegung im Reichstage eingebracht, Angehörige der nationalliberalen Partei haben sich zu Gunsten der Bewegung ausgesprochen oder ihre Sympathie für dieselbe in Schriften zum Ausdruck gebracht, und das „Konservative Handbuch“, das „seine Entstehung dem Zusammenwirken von Vertretern der konservativen Partei und Reichspartei, der Vereinigung der Steuer- und Wirthschaftsreformer, des Kongresses deutscher Landwirthe und des deutschen Bauernbundes“ verdankt, enthält ebenfalls einige vernünftige Ansichten über die Gewerkschaftsbewegung, von denen wir hier zunächst einige Proben wiedergeben wollen.

„Die bisherige Entwicklung der gewerkschaftlichen Bewegung zeigt“ — so schreibt das „Konservative Handbuch“, — „daß in dem Strudel der modernen Gewerbefreiheit auch der Arbeiterstand mit urwüchsiger Kraft nach einer beruflichen Organisation und Vertretung ringt, welche die übrigen und wirthschaftlich ohnehin stärkeren Erwerbsstände größtentheils schon besitzen. . . . Augenscheinlich ist mit der Durchführung der

Arbeiterversicherung das Verlangen der gewerblichen Arbeiter nach Organisation bei Weitem nicht befriedigt worden. . . . Es wäre daher im allseitigen Interesse nur zu wünschen, daß die Arbeit der Reichstagskommission, welche am 21. März 1892 einen Gesetzentwurf über „eingetragene Berufsvereine“ fertiggestellt hat, trotz des erfolgten Sessionschlusses nicht ohne praktischen Erfolg bleiben möge. . . .“

Es werden dann die vielen Hindernisse aufgezählt, mit denen die Entwicklung der Gewerkschaften zu kämpfen hat, und das Vorherrschen derselben in folgenden Sätzen bedauert:

„Diese Unklarheit der Rechtslage, welche sich mit der wachsenden Ausbreitung der Gewerkschaftsbewegung bei der überaus verschiedenen Auslegung der 20 deutschen Vereinsgesetze lediglich steigerte und mit dem weiteren Vordringen der Sozialpolitik gerade von dem Arbeiterstande, als dem zunächst Interessirten, am drückendsten empfunden wurde, hat der Sozialdemokratie seit Jahren, namentlich seit der Aufhebung des immerhin doch einheitlich ausgeführten Sozialistengesetzes, viel Agitationsstoff geliefert. . . .“

Für die Kräftigung der Gewerkschaften werden außerdem noch eine Reihe andere Gründe angeführt, von denen wir hier einige mittheilen wollen:

„Auch die sozial-ethische Bedeutung der Frage ist bisher sehr unterschätzt worden, und doch bildet gerade die Berufsgenossenschaft ein bewährtes Erbstück des deutschen Volkes. Nur durch die Zucht der Zunft hat der altdeutsche Handwerkerstand die wirthschaftliche Nichtigkeit und das kräftige Standesgefühl errungen, deren Spuren selbst die moderne Gewerbefreiheit nicht ganz zu verwischen vermocht hat. Was die Zunft für den Handwerkerstand gewesen, müßte das Gewerbe für den Arbeiterstand werden. Will aber das deutsche Reich den Vorrang in der sozialen Reformbewegung auch ferner behaupten, so darf es nicht um der Möglichkeit eines Mißerfolges willen vor einer Aufgabe zurückschrecken, welche alle Nachbarstaaten längst in Angriff genommen haben.

„. . . . Jedenfalls werden ohne berufsgenossenschaftliche Gliederung des Arbeiterstandes durchschlagende Erfolge der sozialen Reform sich um so weniger erzielen lassen, als die staatliche Gesetzgebung und Verwaltung mit der zunehmenden Entwicklung des modernen Gewerbesens sich vor immer schwierigere Aufgaben gestellt sieht, deren befriedigende Lösung nicht durch die Gesetzgebungsmaschine, sondern nur durch die berufsgenossenschaftliche Selbstverwaltung der berechtigten Gewerbekorporationen zu erreichen sein wird. . . .“

„Fast noch wichtiger ist die Organisation der Arbeiter für die Regelung der Lohnfrage und der Lohnfreiheit. Zahllose Ausstände sind hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die Unternehmervereine sich weigerten, mit „Lohnkommissionen“ zu verhandeln, welche ihre Mandate lediglich von einer öffentlichen Arbeiterversammlung erhalten hatten, also für die Einhaltung etwaiger Vereinbarungen ebensowenig Gewähr bieten konnten, wie Fachvereine, die jeder Rechtssicherheit ermangelten. Demgegenüber

erleichtert ein gesetzlich anerkannter Berufsverein die Verhandlungen und bietet auf Seiten der Arbeiter die Möglichkeit einer wirksamen Bürgerlichkeitsleistung für die Einhaltung des Vereinbarten. . . .“

„Eine solche Organisation erst würde die Möglichkeit geben, den Arbeitsvertrag zeitgemäß fortzubilden, d. h. die Arbeitsbedingungen nicht mehr von Person zu Person, sondern von Gruppe zu Gruppe zu vereinbaren, insbesondere von dem individuellen Lohnvertrag zu dem beruflichen Lohn-tarif überzugehen. Die fortschreitende Gewerbetchnik drängt, wenn nicht im Handwerk so doch in der Großindustrie mehr und mehr dahin, die Arbeitsbedingungen zu nivelliren und den Lohn weniger der Individualität des Einzelarbeiters, als den einzelnen Arbeiterkategorien anzupassen, mit anderen Worten, die durch die Maschinentchnik festgelegten einzelnen Arbeitsleistungen zu „tarifiren“.

„. . . . Man wird eine Interessenvertretung der einen oder der anderen Art, welche die Allerhöchsten Erlasse vom 4. Februar 1890 auch für den Arbeiterstand in Anspruch nehmen, diesem umsoweniger vorenthalten dürfen, als der Handel und das Großgewerbe solche Organe bereits besitzen und das Mittel- und Kleingewerbe sie in Kürze ebenfalls erhalten soll.“

Nun hat kürzlich auch der fünfte evangelisch-soziale Kongreß in Frankfurt a. M. getagt und folgende Resolution angenommen:

„Der Kongreß erkennt die Nothwendigkeit einer gewerkschaftlichen Organisation der deutschen Arbeiterschaft an, hofft jedoch, daß der bisherige rein private Charakter der Gewerkschaften mehr und mehr einer gesetzlichen, mit Pflichten und Rechten ausgestatteten fachgenossenschaftlichen Organisation Platz macht. Der Kongreß erwartet von einer solchen nicht nur die sittliche Hebung, gesellschaftliche Förderung und wirthschaftliche Sicherung der Arbeiterschaft, sondern auch die Herausbildung eines solidarischen Geistes und dadurch eines positiven Gegengewichts gegen die politische Sozialdemokratie und eine allmähliche Minderung des Gegenjazes zwischen den Klassen der Arbeiter und Arbeitgeber.“

Wer alle diese Auslassungen rein oberflächlich betrachtet, der kann leicht dazu kommen, auszurufen: „Nun kann es der Gewerkschaftsbewegung nicht mehr schlecht gehen!“ Wer die Sache aber ernster betrachtet, der kommt zu ganz anderen Aussprüchen.

Die sozialdemokratische Partei ausgenommen, verfolgen alle die aufgezählten „Fürsprecher“ mit ihrem Eintreten für die Gewerkschaftsbewegung, wenn wir so einmal sagen wollen, einen anderen Zweck, ja, sie machen theilweise ihr thatkräftiges Eingreifen sogar davon abhängig, daß der beabsichtigte Zweck erst erfüllt wird. „Sache des Arbeiterstandes aber wird es sein, durch die Abwendung von staats- und kulturfeindlichen Bestrebungen die Begünstigung freiwillig genossenschaftlicher Organisationen der Arbeiter auch für Diejenigen unbedenklich zu machen, welche heute noch befürchten, damit nur der Sozialdemokratie neue Formen und Kampfmittel zu schaffen.“ Mit diesem Verlangen schließen die Verfasser des

„Konservativen Handbuchs“ ihren Artikel über Fachvereine, der übrigens ähnliche Stellen noch mehrere enthält und der überhaupt von der Absicht getragen wird, aus den Gewerkschaften ein Bollwerk gegen die Sozialdemokratie zu machen.

Die Resolution des evangelisch-sozialen Kongresses bedarf keiner Erläuterung, dem Leser wird auf den ersten Blick klar, daß diese von demselben Geiste getragen ist, als der Artikel im „Konservativen Handbuche“ über Fachvereine.

Sehen wir aber von Resolutionen und anderen gelegentlichen Meinungsäußerungen ab, betrachten wir kurz die „Fürsprecher“ bei der praktischen Arbeit.

Von der Thätigkeit der freisinnigen Partei für die Gewerkschaftsorganisationen macht sogar der bekannte Sozialistenbitter Eugen Richter sehr viel Aufhebens. Er schreibt in seinem ABC-Buche: „Im Interesse sämtlicher Berufsvereine, also nicht bloß derjenigen der Arbeitnehmer . . . hatte die freisinnige Partei im Mai 1890 einen Gesetzentwurf im Reichstage eingebracht. Der Gesetzentwurf bezweckte, den Vereinigungen von nicht geschlossener Mitgliederzahl, welche die Beförderung der Berufsinteressen und gegenseitige Förderung ihrer Mitglieder bezwecken, Rechtspersönlichkeit zu verschaffen, nach dem Muster der eingetragenen Genossenschaften.“ Dieser größte aller Freisinnsmänner vergaß aber mitzutheilen, daß in dem Gesetzentwurf auch ein Kautschuk-Paragraph enthalten war, der besagt: Die Auflösung des Vereins erfolgt, „wenn ein Verein sich gegenwärtiger Handlungen oder Unterlassungen schuldig macht, durch welche das Gemeinwohl gefährdet wird.“ . . . Außerdem ist hinlänglich bekannt, daß Eugen Richter jede erspriechliche Thätigkeit der Gewerkschaftsbewegung mit seiner „Freisinnigen Zeitung“ bekämpft und alle anderen Freisinnblätter thun es ihm nach. Die freisinnige Partei tritt lediglich für solche Gewerkschaftsorganisationen und Thätigkeiten derselben ein, die den Kapitalisten nichts schaden, und den Arbeitern wenig oder garnichts nützen. Die fast- und kraftlosen Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften sind das Ideal der großen und kleinen Freisinnsmänner.

Die Zentrumsparthei giebt sich auch den Anschein, als wäre sie für die Gewerkschaftsbewegung, wie schon erwähnt ist; sie hat zu Anfang dieser Legislaturperiode des Reichstages einen Gesetzentwurf zu Gunsten der Gewerkschaften eingebracht, der sich mit dem freisinnigen Antrage so ziemlich deckt. Wer aber die Haltung der Zentrumsparthei zu Arbeiterfragen in den

Parlamenten schon länger beobachtet hat, der weiß, daß kein sehr großer Ernst hinter diesem Antrage steht. Außerdem ist es bekannt genug, daß die Zentrumsparthei in den Gegenden, wo sie Einfluß auf die Bevölkerung hat, also in katholischen Gegenden, alle Mittel ergreift, um die Gewerkschaftsbewegung im Keime zu ersticken. Nicht selten muß man vernehmen, daß der Reichstuhlführer gegen die Gewerkschaftsbewegung benützt wird.

Den evangelischen Pfaffen, von denen vielen evangelisch-sozialen Kongress besuchten, fehlt allerdings der Einfluß auf die Arbeiter, sonst predigen sie eben so viel gegen die „gottlosen“ Streiks und anderen Kampfmittel der Gewerkschaftsorganisationen, als ihre katholischen Kollegen.

Was nun die Thätigkeit der nationalliberalen und konservativen Partei und ihrer Anhängsel anbelangt, so ist dieselbe durch die Redner charakterisirt worden, die im Reichstage Stellung zu den Anträgen der Freisinnigen und der Zentrumsparthei genommen haben. Diese Redner haben sich gegen jede Vergünstigung der Gewerkschaften erklärt und wie zum Hohn hat man noch den Todfeind der Arbeiterbewegung, den Abgeordneten v. Stumm, in die Kommission geschickt, der diese Anträge überwiesen worden sind.

Es bleiben somit nur noch die „unabhängigen“ und anarchistischen Befürworter der Gewerkschaftsbewegung übrig. Diese Leute besitzen weder Einfluß auf das Publikum noch auf irgend ein Parlament, ihre Thätigkeit zeigt sich in der Gewerkschaftsbewegung selbst, denn sie sind theilweise Mitglieder derselben. Aber auch ihnen gegenüber kann man sagen: Möge uns der Himmel vor unseren Befürwortern schützen, mit unseren Gegnern wollen wir schon fertig werden! Wo sich diese Leute auch einfinden mögen, versuchen sie die gewerkschaftlich organisirten Arbeiter von den nothwendigen gewerkschaftlichen Aufgaben ab und auf solche Angelegenheiten zu lenken, die mit der Gewerkschaftsbewegung garnichts zu thun haben. Was die Arbeiterfeinde, von der konservativen bis zur freisinnigen Partei, mit Resolutionen und anderen Meinungsäußerungen nicht fertig bekommen, das versuchen die Unabhängigen und Anarchisten dadurch zu vollbringen, indem sie sich in die Vereinigungen aufnehmen lassen oder, indem sie gewerkschaftliche Organisationen gründen, nämlich: den Kampf der Arbeiter gegen den Arbeiter zu schüren!

Welche größere oder geringere Rolle diese Leute in den einzelnen Gewerkschaften auch spielen mögen, ihre Wirkung äußert sich immer darin,

daß die betreffende Vereinigung nicht vorwärts kommt, sondern zurückgeht. Die ganze Thätigkeit solcher Organisationen besteht dann meistentheils nur noch darin, daß die sozialdemokratische Partei beschimpft und verdächtigt wird. Ausnahmen finden nur statt, wenn die Herren Unabhängigen und Anarchisten Konkurrenzvereine selbst gründen, wie z. B. in Berlin. Dann wird die Hauptkraft darauf verwandt, die Mutterorganisation zu zersplittern, sie leistungsunfähig zu machen; auf die Sauberkeit der Mittel wird allerdings auch dabei nicht gesehen. Zum Glück haben diese Quertreiber bisher noch keine großen Erfolge erzielt, sie haben meist nur ihre nächste Umgebung geschädigt, die sich nicht früh genug gegen solche Umtriebe wappnete.

Die bisher angeführten Thatsachen beweisen also, daß die Worte und Schriften der „Fürsprecher“ mit ihren Thaten auf diesem Gebiete nicht harmoniren. Ihre Worte und Schriften sprechen für die Gewerkschaftsbewegung; ihre Thaten sind nicht nur hemmend, sondern dieselben sind sogar schädigend.

Wir haben schon konstatiert, daß die angeführten „Fürsprecher“ alle die Gewerkschaftsbewegung als Mittel zu dem Zweck zu benutzen suchen, die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Außerdem ist vielleicht noch bemerkenswerth, daß eine Sorte „Fürsprecher“ glaubt, mit der Gewerkschaftsbewegung wieder zu etwas weiter zurückliegenden Zuständen zu gelangen; die andere Sorte glaubt, durch die Gewerkschaftsbewegung die Arbeiter mit dem kapitalistischen Wirthschaftssystem ausöhnen zu können und die Unabhängigen und Anarchisten sind der Meinung, man könne mit der Gewerkschaftsbewegung allein das gegenwärtige Wirthschaftssystem stürzen.

Würden sich die verschiedenen Sorten „Fürsprecher“ nur darauf beschränken, die Hindernisse fortzuräumen, die der Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung im Wege stehen, dann könnten wir sie unbehelligt bei ihrem Glauben lassen. So aber thun sie auf diesem Gebiete garnichts, sondern machen die Welt nur mit ihren Phrasen und die Gewerkschaften mit ihren „Thaten“ unsicher, darum haben wir um so mehr Grund, alle diese „Fürsprecher“ abzulehnen, sie als das zu betrachten, was sie sind, — im gelindesten Falle überflüssige, im schlimmeren Falle gefährliche „Freunde“ der Gewerkschaftsbewegung.

Diesen Leuten gegenüber ist es immer am Platze, zu erklären, daß die Gewerkschaftsbewegung einzig und allein den Zweck hat, für die Arbeiterklasse materielle Vortheile zu erringen,

Der Anarchismus, seine Theorien und Geschichte.

(Fortsetzung.)

Moft wurde in London bald die Seele der anarchistischen Bewegung und war für dieselbe rastlos thätig. Die einzelnen anarchistischen Gruppen, besonders in Frankreich, Belgien und England, trafen sich auf dem anarchistischen Kongress zu London, 14. Juli 1881. Auf demselben wurde ausdrücklich wieder zur „Propaganda der That“ aufgefordert und dies mit folgender Resolution begründet: „Der Kongress erklärt es für durchaus nothwendig, mit allen möglichen Mitteln durch die That die revolutionäre Idee und den Geist der Revolte in dem großen Theil der Volksmasse zu verbreiten, welcher noch keinen aktiven Antheil an der Bewegung nimmt und noch Illusionen über die Moralität und die Wirksamkeit gesetzlicher Mittel sich macht. Zudem wir das gesetzliche (legale) Gebiet, auf dem man im Allgemeinen bis heute geblieben ist, verlassen, um unsere Aktion auf das Gebiet der Ungegesetzlichkeit zu tragen, welcher der einzige Weg zur Revolution ist, ist es nothwendig, zu Mitteln zu greifen, welche mit dem Zweck übereinstimmen. Die Verfolgungen, denen unsere öffentliche Presse unterliegt, zwingen uns von jetzt ab zur Organisation einer geheimen. Die Propaganda der That ist auf dem Lande von noch größerer Wirksamkeit, als in der Stadt. Da die technischen und chemischen Wissenschaften der revolutionären Sache bereits große Dienste geleistet haben und noch zu leisten bestimmt sind, so empfiehlt der Kongress allen Organisationen und Mitgliedern, großen Werth auf das Studium und die Anwendung dieser Wissenschaften als ein Mittel des Angriffs und der Vertheidigung zu legen.“ Auf dem Kongress waren 60 Föderationen und 59 Gruppen, welche angeblich 50 000 Personen umfaßten, vertreten.

Eine Anzahl anarchistischer Blätter entstanden in Frankreich, u. A.: „Le Bulletin des groupes an-

archistes“ (Bericht der anarchistischen Gruppen), „La Révolution sociale“ (Die soziale Revolution), „L'Étendard révolutionnaire“ (Die revolutionäre Standarte), „La Lutte“ (Der Kampf), „Le drapeau noir“ (Die schwarze Fahne).

Am 12. August 1882 fand ein zweiter anarchistischer Kongress und zwar zu Genf statt; auf ihm wurde beschlossen, ein Manifest zu veröffentlichen, das die anarchistischen Grundsätze klarlegte. In demselben heißt es: „Als Anarchisten, d. h. Leute ohne Regierung, bekämpfen wir Jeden, der sich irgendwie Gewalt über die Menschen angeeignet hat, den Besitzer, Fabrikanten, jeden Staat, auch den sozialistischen. Jeder Gedanke an Autorität ist uns zuwider, jedes Gesetz ist unser Feind. Unser Ziel ist daher Vernichtung jedes Staates durch eine revolutionäre Bewegung; alle gesetzlichen Mittel, auch das allgemeine Stimmrecht, verabschauen wir. Da aber die individuelle Freiheit nicht ohne Vereinigung mit anderen freien Genossen bestehen kann, da Jeder der Unterstützung des Anderen bedarf, da ferner jedes soziale Produkt ein Werk der Gesamtheit ist, auf das Alle gleiches Anrecht haben, so sind wir auch Kommunisten. Wir wollen das gemeinschaftliche Eigenthum erobern und vertheidigen.“

Diese neue Erscheinungsform des Anarchismus als kommunistischer Anarchismus, der das gemeinschaftliche Eigenthum erstrebt, fand in Johann Most einen glühenden Vertheidiger; nicht minder aber schwärmte er für die Propaganda der That und verfaßte auch ein Lehrbuch der revolutionären Kriegskunst, in dem er Rezepte zur Anfertigung von Bomben gab. Seine „Freiheit“ wurde von Nummer zu Nummer mit immer übertriebeneren Todschlagsphrasen angefüllt; es war eine Art Delirium, in das er und seine Mitarbeiter sich hineinphantasirten und durch Spizel hineinlocken ließen. Ueberhaupt wird jetzt die Geschichte des Anarchismus immer deutlicher die Geschichte der internationalen Vokspizellei. Diese ist es, die in allen Ländern eine lebhaft anarchistische

Bewegung mit den dazu gehörigen blutrünstigen Flugchriften und Bomben hervorrief, — damit die Arbeiterbewegung um so bequemer getnebelt werden kann. Most's „Freiheit“ wurde, natürlich ohne Wissen des von den Völkern der Phantasie umnebelten Hans, ein wahrer Sammelpunkt für Spizel. Most selber erhielt, als nach der Ermordung des Zaren Alexander II., 1881, die „Freiheit“ alle Völker zur Nachahmung aufforderte, 16 Monate Zuchthaus. Schließlich fand die „Freiheit“ in London keinen Drucker mehr und wurde nun in der Schweiz hergestellt, wo wiederum die Spizel als ihre Mitarbeiter und Förderer auftraten.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Singer enthüllte am 27. Januar 1888 bei der ersten Sitzung über die Verlängerung und Verschärfung des Sozialistengesetzes im Deutschen Reichstage dieses schwachvolle Treiben; mit schweizerischen amtlichen Aktenstücken bewies er, daß das Drucken der „Freiheit“ von einem Schreiber Schröder-Brennwald im Auftrage eines Comités bezahlt wurde und daß dieser Schröder schon seit Jahren im Dienste der Berliner Polizei stand, daß er Geld auf Anweisung des Polizeiraths Krüger in Berlin empfangen und seine Berichte an den Polizeibeamten Crüder gefandt habe. Auch ein Hamburger „Genosse Wichmann“ war Mitarbeiter der „Freiheit“ und zwar im Solde des Altonaer Polizeikommissärs Engel unter der Oberleitung des Polizeidirektors Krüger in Berlin. Als Wichmann in Hamburg zu bekannt geworden und infolge dessen als Spizel unbrauchbar war, wurde er ohne Pension entlassen und bekannte (im Juni 1888) in einem Brief an den Abgeordneten Auer seine Schurkerei; Wichmann war es auch, der in die „Freiheit“ (Nr. 12, 1881) eine Korrespondenz aus Hamburg hineinbrachte, durch welche anlässlich des Attentats auf den Zaren „zur nämlichen Richtigkeit“ in anderen Ländern aufgefordert wurde. Wichmann wurde später wegen wissenschaftlicher Denunziation zu zwei Jahren Gefängniß verurtheilt.

Gerichtlich wurde die Spizelwirthschaft zuerst 1881

so weit sich dieselben auf dem Boden der heutigen Wirthschaftsordnung erringen lassen, und diese errungenen Vortheile zu verteidigen; wer einen anderen Zweck verfolgt, erweist den Gewerkschaften den wichtigsten Dienst, indem er sich den Gewerkschaftsorganisationen überhaupt nicht nähert. Die Folgen der Gewerkschaftsbewegung können uns zunächst gleichgültig sein. Bringt es die Thätigkeit der Gewerkschaften mit sich, daß das kapitalistische Wirthschaftssystem haltlos wird, so mag es verschwinden; führt der gewerkschaftliche Kampf dazu, daß der einzelne Arbeiter einzieht, daß er auch auf politischem Gebiete kämpfen muß, so kann es nicht Aufgabe der Gewerkschaften sein, ihn davon abzuhalten. Im Gegentheil, die Gewerkschaft muß nothwendiger Weise die Lücken zeigen, die mit der Gewerkschaftsbewegung nicht ausgefüllt werden können, sonst würde sie nicht nur die Sympathie ihrer eigenen Mitglieder verlieren, sondern sie würde den kostspieligen und nutzlosen Kampf wie gegen Windmühlenflügel führen und sich so erschöpfen.

Eine Darstellung des Streiks von einem Bürgerlichen.

Wir finden in der von der Akademie und dem Großen Orient (Freimaurerloge) in Brüssel preisgekrönten Schrift E. Wilsons die folgenden interessanten Ausführungen, die wir in der Uebersetzung von Dr. E. Harmening hier wiedergeben:

„Wenn der Arbeiter seine Leiden darlegt, die Streitfragen erörtert, Aenderungen erbeten, seine Wünsche formulirt hat, wenn er gegen Mißbräuche protestirt und friedliche Massenkundgebungen veranstaltet hat, damit ihm Genüge geschehe, wenn er dann sieht, daß man ihm nicht Gehör giebt — welches Mittel kann er da noch anwenden, um sich verstanden zu wissen?

Zunächst noch eins: die Arbeitseinstellung, den Streik.

Aber wenn er dabei Ruhe hält, wenn er sich darauf beschränkt, die Feiertage mit Spazierengehen hinzubringen und in freundschaftlichen Gesprächen mit seinen Unglücksgefährten, so schenkt man dem Vorgange keine Beachtung.

„Ein Streik, aber Alles ist ruhig“, so melden die Telegramme der Tagesblätter.

Und wenn noch hinzugesügt wird: „Die Regierung hat sofort das soundsobiviete Regiment zur Aufrechterhaltung der Ordnung an den Platz des Ausstandes beordert,“ so faltet der kaffeetrinkende Bürger seine Zeitung zu und läßt weiter „Gott einen guten Mann“ sein.

Der Arbeitsherr kann warten, er kann andere Arbeiter nehmen, er kann sogar oft vollkommene Einrichtungen treffen, die eine gewisse Zahl von Arbeitern überflüssig machen. Durch Einstellung neuer Maschinen findet er schließlich seinen Vortheil im Streik.

Aber nicht nur das: der Arbeitgeber hat auch das Interesse der behördlichen Organe auf seiner Seite. Die behördlichen Organe bestehen ja nur aus Personen, die, wie der Arbeitsherr, den besitzenden Klassen angehören; sie sind Beamte der Bourgeoisie, nicht der arbeitenden Bevölkerung.

Die Arbeiter, die nichts verdienen, deren Frauen und Kinder aber nach Brot schreien, haben auf das Mitgefühl der billig Denkenden gerechnet. Sie müssen, um ihren friedlichen Ausstand durchzusetzen, Unterhalt haben, müssen Geldmittel sammeln. Die Organe des Bürgerthums verbieten „aus Rücksichten des öffentlichen Wohls“ bei Strafe jede Veranstaltung von Sammlungen.

Die Noth wächst. Die Arbeitgeber gehen ihrerseits mit Vergrößerung der Noth vor. Sie sperren Arbeiter, die auch um schlechteren Lohn zu arbeiten geneigt sind, von der Arbeit aus.

So folgt der Arbeitseinstellung die Arbeitsaussperrung als die Krönung des Glücks.

Wenn wenigstens die Masse der Arbeiter solidarisch vorgehen könnte! Aber auch in dieser Hinsicht vereiteln die Organe der Bourgeoisie jeden Schritt, der die Geschlossenheit der Arbeitermassen herbeizuführen oder nur zu erhalten geeignet wäre.

Zwar hob die Gewerbe-Ordnung für das Deutsche Reich alle Verbote und Strafbestimmungen gegen die Arbeiter wegen Verabredungen und Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittelst Einstellung der Arbeit, auf und stellte nur unter Strafe, wer Andere durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohungen, durch Ehrverletzung oder durch Verrufserklärung bestimmt oder zu bestimmen versucht, an solchen Verabredungen theilzunehmen oder ihnen Folge zu leisten, oder andere durch gleiche Mittel hindert oder zu hindern versucht, von solchen Verabredungen zurückzutreten.

Allein wie stellt sich die Wirklichkeit?

Um Verabredungen und Vereinigungen wegen Einstellung der Arbeit aufrecht zu erhalten, können die Arbeiter einer gewissen gegenseitigen moralischen Einwirkung, einer Kontrolle entschieden nicht entbehren. Sie wissen, daß Viele unter ihnen leicht geneigt sind, fahnenflüchtig zu werden,

sobald die durch den Streit herbeigeführte Entbehrung hart wird. Es erscheint ganz natürlich, daß sie sich zusammenfinden, zusammen gehen, zusammen stehen, daß sie an den Eingängen der Fabriken beobachten, ob Jemand aus ihrer Klasse auf sein Ich mehr als auf die Interessen der Gesamtheit bedacht, heimlich die Arbeit fortsetze.

Da erscheint kraft der bürgerlichen Polizeistrafgewalt eine Verordnung, die alles unbefugte Stehenbleiben, Hin- und Hergehen und sonstige zwecklose Verweilen auf den Straßen und den an dieselben angrenzenden offenen Grundstücken, insbesondere in der Nähe der Fabriken und der Zugänge zu denselben, namentlich in den Stunden vor Beginn und Ende der Thätigkeit in den Fabriken untersagt.

Die Polizei macht über die Interessen des Bürgerthums, denn sie ist keine Polizei, nicht die der Arbeiter.

So läuft ein Streik wie der andere zu Ungunsten der Arbeiter aus. Er entspricht also keineswegs den Zwecken des Arbeiters und der Herzog von Ursel, der Statthalter des belgischen Hennegau, traf den Kern der Sache mit seinen Worten: „Die Arbeiter haben kein anderes Recht als das der Arbeitseinstellung und eine Arbeitseinstellung ohne Unruhen ist für sie sozusagen ein Unsin.“

So lange die Arbeiterproteste sich auf Versammlungen, auf Zeitungsartikel und Petitionen, auf friedliche Aufzüge und Streiks beschränken, finden sie kein Gehör. „Das geht vorüber.“

Wie lange hat man am Geiste der Menschheit gesündigt! Die Regierungen hatten andere Sorgen, als sich um das Wohl des Schwächeren zu kümmern. Die Parteien im Reiche stritten um die wichtige Frage, ob konservativ, ob liberal, ob ultramontan, und wenn konservativ, ob deutsch- oder freikonservativ oder reichsparteilich, wenn liberal, ob nationalliberal oder sezeßionistisch oder fortschrittlich oder demokratisch oder volksparteilich usw.“

Wir haben dieser Darstellung nichts hinzuzusetzen. Angesichts der hier geschilderten Zustände wollen wir noch bemerken, daß es nicht Wunder nehmen kann, wenn viele Streiks verloren gehen, sondern, daß man sich wundern muß, daß trotzdem noch sehr viele Streiks von den Arbeitern gewonnen werden.

Dies wird aber auch in Zukunft in dem Maße immermehr der Fall werden, indem die Arbeiter mit allen den Hindernissen von vornherein rechnen, die den Streiks im Wege stehen. Also Organisation und Ausflärung darf nicht vergesen werden.

Die Entwicklung der Dampfkräfte.

In dem Schnelllaufe der wirthschaftlichen Entwicklung und der sozialen Revolution ist es nicht uninteressant, dann und wann Halt zu machen und einen Rückblick auf die zurückgelegte Bahn zu werfen. Es zeigt sich dann, daß der von den Segnern uns häufig gemachte Vorwurf, die Sozialdemokratie übertreibe bei Darstellung und Schilderung der wirthschaftlichen und sozialen Verhältnisse, sie sei einseitig und unwissenschaftlich, unberechtigt ist. Es zeigt sich auch, daß die sozialdemokratische Kritik der kapitalistischen Gesellschaft und die sozialpolitischen Forderungen an dieselbe vollständig gerechtfertigt sind.

Welch schnelle Ausbreitung die Anwendung der Maschinen und Elementarkräfte in Gewerbe und Industrie gefunden, lehrt ein Blick auf Sachsen. Die Zahl der hier selbst feststehenden Dampfmaschinen und ihre wirklich ausgeübte Leistung betrug:

	Maschinen	Pferdekraft
1861.....	1003	15 633
1875.....	3295	60 348
1886.....	6244	96 382
1891.....	8075	160 772

Im vorigen Jahre wurde die Gesamtzahl der in der sächsischen Industrie angewandten Pferdekraft auf 220 000 veranschlagt gleich der Arbeitskraft von mindestens 1 200 000 Arbeitern.

festgestellt in dem ersten großen Hochverrathprozess unter dem Sozialistengesetz gegen Davé und Genossen. Dabé, ein belgischer Anarchist, hatte in Mosk's Auftrage in Deutschland Gesinnungsgenossen aufgesucht. Dies war von einem Expedienten der Mosk'schen „Freiheit“, dem Polizeispitzel Neumann, der preußischen Polizei verrathen worden. Im Dezember 1880 erfolgte in Augsburg Davé's Verhaftung, gleichzeitig wurden in verschiedenen deutschen Städten etwa 50 Personen in Haft genommen, unter ihnen auch ein Schneider Horst aus Frankfurt a.M. Daß Horst gegen einen Wochenlohn von M. 20 im Dienste des dortigen Polizeiraths Kumpf spitzelte, die „Freiheit“ abonniert, verbreitet und „Säuren“ zu Utentaten besorgt hatte, wurde in der Gerichtsverhandlung vor dem Reichsgericht festgestellt, das Zeugniß des Horst abgelehnt und über die Art seiner Verwendung von dem Vorsitzenden ein Tadel ausgesprochen. Neun Angeklagte wurden im Oktober 1881 zusammen zu 18 Jahren und 11 Monaten Buchthaus verurtheilt, die anderen zu schweren Gefängnisstrafen. Dabé wurde nach zehnmonatlicher Untersuchungshaft zu 2 1/2 Jahren Buchthaus verurtheilt, die er in Halle absüßte. Im November 1884 kehrte er nach London zurück.

Mosk hatte sich inzwischen nach Amerika begeben und von dort aus durch seine mit Hilfe von Lockspitzeln nach allen Ländern verbreiteten „Freiheit“ zur Propaganda der That durch Utentate aufgefordert.

Besonders in Oesterreich fiel diese Saat auf einen günstigen Boden. Karl Rautsky schildert dies folgendermaßen: „Die österreichische Sozialdemokratie wurde durch das deutsche Sozialistengesetz (1878) schwer getroffen, als das unmittelbare Objekt desselben; es bemühtigte sich ihrer eine gewisse Haltlosigkeit und Verzweiflung. Eine eigene Literatur von Bedeutung hatte die österreichische Sozialdemokratie nicht geschaffen; ihre Literatur war direkt oder indirekt von Deutschland importirt gewesen. Die österreichische Parteipresse war in allen nicht speziell österreichischen Fragen das Echo der

deutschen. Als man dieser das Lebenslicht ausgeblasen, wurde sie das Echo einer deutschen Emigrantenpresse. An Stelle des „Vorwärts“ trat jetzt für die Oesterreicher die Londoner „Freiheit“. Das war nicht geeignet, das falsche Bild richtig zu stellen, das man sich in Oesterreich seit dem Oktober 1878 von der deutschen Sozialdemokratie entwarf. Es gelang der „Freiheit“ um so leichter, Einfluß zu gewinnen, als es zur Zeit ihres Entstehens ein deutsches Blatt nicht gab, das sich offen als sozialdemokratisches bekenne durfte. Das Alles hätte schon genügt, politischen Abenteurern den Weg in der österreichischen Arbeiterschaft zu ebnen. Aber zu diesen Umständen gesellte sich noch einer von entscheidender Bedeutung: Zu derselben Zeit, als die Taktik der deutschen Sozialdemokratie anstehend ihren völligen Bankrott anzeigte, begannen die Erfolge der terroristischen Taktik in Rußland die Aufmerksamkeit ganz Europas auf sich zu ziehen. Vom Schuß der Wera Cassilisch (Februar 1878) bis zur Tödtung Alexanders II. (13. März 1881) schien die Kraft der Terroristen stetig anzuwachsen und der Absolutismus im Kampf gegen den unsichtbaren Gegner zu erliegen. Die österreichische Sensationspresse that noch ein Uebriges, einerseits die Thaten der „Nihilisten“ mit einer gewissen Räuberromantik zu umgeben, andererseits sie mehr und andere Thaten verrichten zu lassen, als sie wirklich begingen. Kein Raub, kein Mord konnte in Rußland passieren, der nicht den Terroristen in die Schuhe geschoben wurde — es sei denn das Gegentheil von vornherein erwiesen gewesen. Wer die für die Arbeiterbevölkerung bestimmten Wiener Blätter, namentlich das „Lageblatt“ und das „Extrablatt“ las, der mußte glauben, die Organisation der Terroristen umfasse viele Tausend von Mitgliedern und besitze fabelhafte Schätze, von Postdiebstählen, Verraubung von Staatskassen usw. herrührend. Das hatte gerade noch gefehlt, um den durch die Rückwirkungen des deutschen Sozialistengesetzes haltlos gewordenen Arbeitern vollends den Kopf zu verdrehen.“ (Fortsetzung folgt.)

In Preußen betrug die Zahl der Dampfkessel und Maschinen z.:

	1889	1892	1893
Feststehende Dampfkessel...	47 151	51 680	53 024
Feststehende Dampfmaschinen	45 129	51 089	53 092
Bewegliche Dampfkessel und Lokomotiven.....	12 177	14 871	15 725

In Oesterreich zeigt die technisch-industrielle Entwicklung folgendes Bild:

	Maschinen	Pferdekraft
1841.....	312	7 100
1852.....	1 182	49 800
1863.....	4 416	336 000
1875.....	12 390	1 275 000

Im Jahre 1880 stieg die Zahl der Pferdekraft auf 1 560 000 und 1888 auf 2 150 000. Von 1841 bis 1875 haben sich die Pferdekraft fast um das 180fache und von da bis 1888 fast um 69 pZt. vermehrt. Im Jahre 1841 kostete eine Pferdekraft 417, 1875 aber nur 360 Gulden. In allen Industrien hat die Zahl der Pferdekraft eine viel raschere Vermehrung erfahren, als die Zahl der Arbeiter. Im Wiener Kammerbezirk hat sich von 1870 bis 1885 in der Textilindustrie die Zahl der Pferdekraft um 25 pZt., diejenige der Arbeiter um 5 pZt. vermehrt; in der chemischen Industrie ist das Verhältnis des Wachstums 80:35, in der Lederindustrie 47:26, in der Papierindustrie 46:26, in der Holzindustrie 53:32, in den graphischen Gewerben 43:16 pZt. und so weiter. Die Großbetriebe nahmen in der bezeichneten Periode um 27 pZt., die Arbeiter um 10 pZt. zu.

In ganz Deutschland hat sich die Zahl der in der Industrie angewandten Dampfpferdekraft von 3 Millionen im Jahre 1878 auf 4 1/2 Millionen im Jahre 1890 vermehrt.

In der Schweiz betrug die Summe der industriell verwandten Elementarkraft 1888 rund 83 000; in Frankreich 3 Millionen Dampfpferdekraft, in England 7 und in Nordamerika 7 1/2 Millionen.

Wie rasch die industrielle Entwicklung auch in Asien fortschreitet, beweisen Japan und Indien. In Japan wurden gezählt:

	1886	1887	1888
Gesellschaften.....	1 099	1 466	1 365
Dampfmaschinen...	442	639	698
Pferdekraft.....	3 633	5 182	7 382
Wasserräder.....	539	755	754
Pferdekraft.....	990	1 415	1 068
Kapital (Yen*)....	13 713 692	21 885 874	22 641 296

In der indischen Baumwollindustrie stieg die Zahl der Betriebe von 74 im Jahre 1883 auf 127 im Jahre 1892, die Zahl der Webstühle von 16 251 auf 24 670, der Spindeln von 1 895 284 auf 3 272 988 und der Arbeiter von 61 834 auf 111 998. Der verarbeitete Rohstoff stieg von 307 631 Ballen im Jahre 1880 auf 1 178 906 Ballen im Jahre 1891. Die industrielle Entwicklung zeigt die Tendenz, die Arbeiterzahl viel langsamer zu vermehren als die Zahl der Elementarkraft, die Menge des verarbeiteten Rohstoffs und der Produkte. So wurde in der amerikanischen Baumwollindustrie das angelegte Kapital in der Periode von 1860 bis 1880 um 111 Prozent vergrößert, die Zahl der Arbeiter aber nur um 75 Prozent vermehrt. In der englischen Baumwollindustrie ist die Arbeiterzahl sogar zurückgegangen von 456 646 im Jahre 1861 auf 450 087 im Jahre 1871 bei gleichzeitiger Vermehrung der Spindeln um 4 300 000 und der Dampfwebstühle um 40 668. Die Folge dieses Prozesses ist die Verminderung der Arbeitsgelegenheit bei gleichzeitiger Vermehrung des Proletariats, das Wachstum und die Permanenz der industriellen Reservearmee gegenüber vermehrter Produktion und fortwährend steigendem Nationalreichtum, der in verhältnismäßig wenigen Händen konzentriert ist.

Die Summe der auf der Erde angewandten Dampfpferdekraft schätzt der englische Statistiker Mulhall auf 50 150 000. Die Dampfpferdekraft wird gleichgeachtet nahezu der dreifachen thierischen Pferdekraft und diese der siebenfachen Menschenkraft. Es präsentiren demnach jene rund

50 Millionen Pferdekraft nicht weniger als 1000 Millionen Menschenkraft. Nimmt man an, daß eine Pferdekraft durchschnittlich so lange thätig ist wie ein Mensch, so wären die 1000 Millionen Menschenkraft gleich 1000 Millionen Menschen. In den Besitz dieser immensen Kräfte sind die Kulturvölker aber erst im Laufe der letzten Jahrzehnte gelangt. Im Jahre 1840 zählte man erst 1 650 000 und 1860 noch nicht mehr als 9 380 000 Dampfpferdekraft.

Die erfolgreiche Anwendung der Dampf- oder Elementarkraft überhaupt hat zur Voraussetzung den Großbetrieb und dieser setzt seinerseits wieder ein größeres Betriebskapital voraus. Der Bau der ersten Eisenbahn machte den Aufwand eines Vermögens notwendig und die großen Eisenbahnen erforderten viele Millionen. Bei diesem Transport- und Verkehrsmittel liegt die Konzentration des Betriebs und des Kapitals in der Sache selbst begründet. In der Industrie hat die allmähliche Entwicklung dazu geführt, kleinere Betriebe zu vergrößern und große Betriebe zu gründen. Wo der Einzelunternehmer nicht kapitalkräftig genug war, trat die Umwandlung in ein Aktiengesellschafts-Unternehmen ein und solche Gesellschaften bildeten sich zur Errichtung neuer Großbetriebe. Im Jahre 1890 zählte man in Deutschland 3259 Aktiengesellschaften mit 7 Millionen Mark Kapital. Von den 1890 gegründeten Gesellschaften mit 277 Mill. Mark entfallen nach dem Aktienkapital auf Bergbau, Hütten usw. 33, Metallverarbeitung und Maschinenindustrie 55, chemische Industrie 44, Textilindustrie 23, Brauereien 8, Zuckerraffinerien 5, Banken 27 Millionen usw.

Natürlich besitzen auch die Mittelbetriebe der Industrie, welche bei Arbeitsteilung und mit Maschinen produzieren, gegenüber den Kleinbetrieben eine gewaltige Ueberlegenheit, wenn sie schon ihrerseits selbst wieder hinter den größten Betrieben weit zurückstehen. Es haben daher zweifellos die 1882 in Deutschland gezählten 97 162 Großbetriebe mit ihren 2 851 811 thätigen Personen mindestens die gleiche wirtschaftliche Bedeutung, wie die 3 1/2 Millionen Kleinbetriebe mit ihren 4 1/2 Millionen thätigen Personen, von denen 3 1/2 Millionen Kleingewerbetreibende und 1 Million Arbeiter sind. Die überwiegend große Zahl der Kleinbetriebe als Alleinbetriebe zeigt deutlich den kolossalen Rückgang und die Verarmung des Handwerks. An diesem tatsächlichen Verhältnis wird auch dadurch nichts geändert, wenn selbst die Zahl der Klein- resp. Alleinbetriebe eine Zunahme aufweist.

Vielfach bekundet sich jedoch der Rückgang des Handwerks in absoluter Verminderung der Betriebe. So erfuhren die Gewerbebetriebe im Prager Handelskammerbezirk in der Periode von 1856 bis 1880 einen Rückgang von 42 162 auf 40 376. Die Zahl der Handelsbetriebe verminderte sich von 20 513 auf 19 228. Gleichzeitig vermehrte sich die Bevölkerung des Kammerbezirktes von 1 361 560 auf 1 637 131. Im Einzelnen gewährt der Rückgang folgendes Bild. Die Schuhmachereibetriebe verminderten sich von 5508 auf 4339, die Schneiderei von 5051 auf 3358, die Tischler von 2179 auf 1959, die Töpfer von 440 auf 226, Gerber von 351 auf 170, Glaser von 410 auf 349, Nagelschmiede von 203 auf 40 usw. Zugewonnen hat nur das Gast- und Schankgewerbe und zwar von 6366 auf 10 347. Scheidet man dieses aus, so zeigen die übrigen Gewerbe einen Rückgang von 35 796 auf 30 029.

Im schweizerischen Kanton Thurgau (Hauptstadt Frauenfeld) verminderten sich die Handwerksbetriebe von 5489 im Jahre 1828 auf 3023 im Jahre 1882, während gleichzeitig die Bevölkerung von 80 000 auf 100 000 Köpfe sich vermehrte. Einzelne Gewerbe weisen einen sehr bedeutenden Rückgang auf; so verminderten sich die Gerbereibetriebe von 99 auf 67, Glaser von 91 auf 18, Küfer von 431 auf 275, Sattler von 86 auf 14, Schlosser von 102 auf 26, Schmiede von 213 auf 33, Schneider von 519 auf 375, Schuhmacher von 949 auf 592, Tischler

von 309 auf 41, Wagner von 206 auf 35, Zimmerleute von 529 auf 344 usw.

Die Antisemiten führen bekanntlich den Rückgang des Handwerks auf die Juden zurück und die Zünftler glauben es und sind daher antisemitisch. Nun giebt es in der Schweiz auf 3 Millionen Einwohner nur 8386 Juden; speziell im Kanton Thurgau zählte man 1850 nur 3 und 1888 nur 61 Juden. Angesichts dieser Thatsachen wird selbst der verbohrteste antisemitische Zünftler nicht behaupten wollen, daß die Juden an dem Rückgang des Handwerks schuld seien.

Schuld daran ist einzig und allein die veränderte Produktionsweise, die organischen Veränderungen innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft, die nicht zuletzt auf den Dampf zurückzuführen sind. Der Dampf mit seiner befreienden Kraft kann aber die Wunde wieder heilen, die er geschlagen, und indem er schließlich die kapitalistische Produktion mit ihrer Organisation in Konflikt bringt, wird er die sozialistische Gesellschaft herbeiführen, die auch den Handwerkerleiden die Erlösung bringt.

Berichte.

Altona. Am 20. Mai hielt der hiesige Lokalverband seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: Stellungnahme zum Danziger Streik, Bericht vom Gewerkschaftskartell und Verschiedenes. Zum ersten Punkt nahm der Vorsitzende das Wort und las einen Brief aus Danzig vor und ermahnte die Mitglieder, daß wir die Danziger Kameraden unterstützen möchten, so viel in unseren Kräften steht. Kamerad Schmidt stellte den Antrag, M. 100 hinzuzufügen, welcher angenommen wurde. Dann erstattete Kamerad Agge Bericht vom Gewerkschaftskartell. Unter „Verschiedenes“ brachte der Vorsitzende vor, daß der Pinneberger Lokalverband einen Brief nach Altona geschrieben hat, in dem Beschwerde geführt wird, daß die Altonaer Kameraden da unter Lohn gearbeitet hätten, was aber von den Altonaer Kameraden zurückgewiesen wird. Es wurde noch beschlossen, einen Brief nach Pinneberg zu schreiben.

Bremen. Am 3. Juni tagte unsere diesjährige Generalversammlung. Auf der Tagesordnung stand: Abrechnung vom ersten Quartal. Bericht vom Bauartell. Bericht vom Gewerkschaftskartell. Das Stiftungsfest in Brinkum. Vorstandswahl. Unser Sommerfest. Gesangverein. Verschiedenes. Zunächst verlas der erste Kassirer die Abrechnung und der zweite Kassirer die Abrechnung der Unterstützungs- und Markenkasse, welche beide für richtig befunden wurden. Hierauf verlas der Kassirer Dahl die Abrechnung vom Stiftungsfest, welche ein Defizit von M. 20,65 ergab. Hierzu rügte Kamerad Armgart, daß in diesem Jahre noch beim Stiftungsfest ein Defizit zu verzeichnen wäre, es läme ihm vor, als wüßten die Kameraden garnicht, zu welcher Gewerkschaft sie gehören, sonst müßten sich unbedingt mehr daran beteiligt haben. Hierauf wurde Bericht vom Bauartell erstattet. Kamerad W. Meyer führt aus, daß es nicht mehr Kartellkommission, sondern Bauartell hieße. Die Vernachlässigung des Arbeitsnachweises sei gerechtfertigt. Betreffs der Versammlungen sei beschlossen, daß jede Woche nur eine Gewerkschaft eine öffentliche Versammlung anzubereiten hätte, wozu alle die im Baufach beschäftigten Arbeiter freundschaftlich einzuladen wären; dazu sei ein Referent aus den Gewerkschaften heranzuziehen und nicht wie jetzt so oft, politische Redner. Ferner wäre vom Bauartell gerügt, daß das Gewerkschaftskartell zu eigenmächtig vorgegangen ist, wenn das so weiter gehen sollte, dann würden die Maurer keinen Delegierten mehr nach dort senden. Ferner fragte Kamerad Meyer an, betreffs des Stiftungsfestes in Brinkum, ob die Gewerkschaften die Sache in die Hand nehmen wollten oder ob das Bauartell sich damit befassen sollte. Letzteres wurde abgelehnt. Betreffs des Arbeitsnachweises wurde betont, daß derselbe nicht einschlafen dürfe; dem Obmann wurde an's Herz gelegt, die Sache besser zu vertreten. Betreffs der Versammlungen wurde beschlossen, alle Monate eine Gewerkschaftsversammlung abzuhalten. Betreffs des Stiftungsfestes in Brinkum bemerkte Kamerad Armgart, daß wir Zimmerer uns recht zahlreich daran beteiligen müßten. Jeder Kamerad, welcher in der Lage sei, müsse unbedingt dazu erscheinen. Es wurde beschlossen, daß um 2 1/2 Uhr von der Herberge abgehahren werden soll. Den Bericht vom Gewerkschaftskartell erstattete der Vertrauensmann Armgart. Demnach ist der Streit in der Schulze'schen Möbelfabrik zu Ungunsten der Arbeiter verlaufen. Vom Streit der Schmiede ist noch Keiner abtrünnig geworden, indessen wird der Streit wahrscheinlich doch im Sande verlaufen, weil die Unterstützung fehlt. Dann verlas Armgart ein Schreiben, in welchem die Gewerkschaften eingeladen werden, zur Fahnenweihe der Rutscher und verwandten Berufsgeossen und ein, wo die Gewerkschaften zum Gewerkschaftsfest in Bremerhaven eingeladen wurden, welches am 24. Juni stattfindet. Die direkte Verbandsbeteiligung wurde vorläufig abgelehnt und aufgefordert, daß sich die Kameraden zahlreich daran beteiligen möchten. Betreffs der Arbeitslosenstatistik bemerkte der Vorsitzende, daß 500 Stück im Umlauf gewesen, wovon bis jetzt 101 zurückgeliefert

*) 1 Yen = 4 Mark.

wären; hieran könne man sehen, wie groß die Laune und Gleichgültigkeit unter den Kameraden ist. Hierauf wurde zur Vorstandswahl geschritten. Zunächst wurde den Vorstandsmitgliedern an's Herz gelegt, doch noch ihren Posten zu verwalten, dieses wurde jedoch abgelehnt. Hierauf wurde zur Wahl übergegangen und als erster Vorsitzender Armgart, als zweiter Vorsitzender Dahl, als Kassierer Drewes, als Schriftführer W. Garlich, als Revisoren Kamann und Voß gewählt. Ferner wurde ein Antrag gestellt, die M. 10, welche der Unterstützungskassierer bisher bekommen hat, wegzulassen. Dieser Antrag wurde mit Majorität angenommen. Beschlußfassung über Abhaltung eines Sommerfestes wurde bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Betreffs des Gesangsvereins machte Drewes bekannt, daß derselbe jetzt allgemeiner Arbeitergesangsverein heiße; er hat um rege Beteiligung. Dann verlas der Vorsitzende ein Schreiben von Danziger Kameraden. Hierauf wurde ein Antrag gestellt, M. 50 zu bewilligen; dieses wurde abgelehnt und befürwortet, das Geld, wenn nötig, an den Hauptvorstand zu senden, derselbe könne es dann weiter befördern. Die Sache wurde also vorläufig zurückgestellt. Ferner wurde beschlossen, die nächste Versammlung am 13. Juni abzuhalten. Hierauf Schluß der Generalversammlung.

Breslau. Montag, den 28. Mai, tagte unsere Verbandsversammlung, in der Herr Rechtsanwalt Marcuse einen Vortrag über: „Streitfälle durch das geltende Strafrecht“ hielt. Herr Marcuse entledigte sich seiner Aufgabe zur Zufriedenheit der Anwesenden, wofür ihm vom Vorsitzenden im Namen der Versammlung der Dank ausgesprochen wurde. Im „Verschiedenen“ wurden vom Schriftführer neun Meister bekannt gegeben, die den üblichen Lohn nicht zahlen. Dieselben sollen in der Presse bekannt gemacht werden. Hierüber entspinnt sich eine lebhaftete Debatte, wobei Schmidt der Versammlung erklärt, daß in dieser Beziehung gerichtliche Verfolgungen stattfinden werden; er wird sich indes nach erkundigen, damit wir der Hauptkassie nicht zuviel Unkosten verursachen. Herr Rechtsanwalt Marcuse, welcher noch anwesend war, erklärt sich gern bereit, uns in jeder Beziehung hilfreich zur Seite zu stehen. Sache ist der Meinung, daß es keine großen Schwierigkeiten machen würde; wir müßten den Arbeitgebern zeigen, daß wir noch organisiert sind. Wilhelm bemerkt, die Meister brauchen oft die Ausrede, daß die Gesellen den ortsüblichen Lohn nicht verdienen; diese Ausreden sind aber vollständig falsch, da die Arbeitgeber zu jeder Zeit sich hierdurch zu schützen wissen und den minderfähigen Arbeiter aus der Arbeit austößen. Langner ist für furchtloses Vorgehen, weil die Meister, welche den richtigen Lohn zahlen, hinter uns stehen. Sache wünscht das heutige Protokoll in unserer Arbeiterpresse („Volkswacht“) bekannt zu geben, welches auch von der Versammlung angenommen wurde. Sonntag, den 27. Mai, fand trotz des denkbar ungünstigsten Wetters unter zahlreicher Beteiligung der erste Ausflug des hiesigen Lokalverbandes statt.

Eisenach. Am 31. Mai tagte hier eine öffentliche Zimmererverversammlung, in welcher Kamerad Ecke aus Ghrlich über die Zustände im Zimmergewerbe referierte. Der Referent betonte, daß nicht allein die wirtschaftliche Lage der Zimmerer, sondern aller Arbeiter traurig sei. Der Zimmerer sei heutzutage auch nicht mehr als ein anderer Arbeiter, der mit Hacke und Schaufel arbeiten müsse. Er schilderte dann die Entwicklung des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Durch die Maschinen würden immer mehr gelernte Arbeiter überflüssig, dazu werden Frauen und in manchen Branchen auch Kinder zur Arbeit verwendet; diese arbeiten natürlich billiger als männliche Arbeiter, dadurch wird die Reservearmee immer größer und die Lohnrückerei schlimmer. Dazu kommt noch, daß das ganze Familienleben der Arbeiter zerstört wird, weil Mann und Frau von früh bis spät sich in der Fabrik abplagen, um nur leben zu können. Der Mann und die Frau kommen müde von der Arbeit und können sich Abends den Kindern nicht mehr widmen, denn sie müssen die paar Stunden ausnützen, um am anderen Morgen wieder frisch arbeiten zu können; daher kommt es, daß die kleinen Kinder oft in Anstalten erzogen werden. Der Referent forderte zum Schluß seines mitzumwirken, daß der Verband der Zimmerer stärker wird. Unter „Verschiedenes“ wurde von Kamerad Hell auf einige Bestimmungen des Unfallversicherungsgesetzes hingewiesen und dann die Versammlung geschlossen.

Elbing. Am Sonnabend, den 2. Juni, hielt der hiesige Lokalverband seine Versammlung mit folgender Tagesordnung ab: Eintausung der Beiträge, Aufnahme neuer Mitglieder, Verlesung einer Maurer-Arbeitsordnung, Wahl einer Kommission für die Statistik, Verschiedenes. Nachdem die beiden ersten Punkte erledigt waren, wurde vom Vorsitzenden, J. Fabert, eine von einigen Maurer-Meistern herausgegebene Arbeitsordnung vorgelesen und zur Diskussion gestellt. Diese Arbeitsordnung wirft ein großes Licht auf die hiesigen Verhältnisse. Kamerad Seibler führte hierzu aus, daß diese Arbeitsordnung als ein Verstoß gegen die Reichs-Gewerbe-Ordnung §§ 152 und 153 anzusehen wäre, welchem einige Maurer, die unserer Versammlung beiwohnten, zustimmten. Dann wurde die Statistik besprochen und eine Kommission eingesetzt, welche aus den Kameraden Fabert, Kiemer, Gepp und Ostrowsky besteht; diese soll die Sache regeln. Im „Verschiedenen“ wurden die Kameraden aufgefordert, dem Verbands neue Mitglieder zu werben und selbst auch in Zukunft dem Verbands treu zu bleiben, denn Einigkeit macht stark. Hierauf wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Dresden. Am Mittwoch, den 6. Juni, fand unsere regelmäßige Verbandsversammlung statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Die Forderung der Sozialdemokratie“, sprach Genosse Krüger. Derselbe führte aus, daß der Kleinbetrieb durch das Großkapital erdrückt würde, woran die Innungen der Kleinmeister und auch ein Beschäftigungsnachweis nichts ändern könnten. Ein großer Vorteil für die Großbetriebe sei die Theilarbeit, zu welcher oft sehr wenig gelernte Arbeiter herangezogen würden. Da die Großindustrie auch eine große Masse überproduziere, so würde selbstverständlich der Arbeitslosigkeit Thür und Thor geöffnet. Dieser Arbeitslosigkeit ist nur durch die Verkürzung der Arbeitszeit abzuhelfen. Der Unternehmer sehe niemals nach der Stundenzahl, sondern stets nach dem Verdienst, sei ihm derselbe zu hoch, so würde er einfach reduziert. Nachdem der Referent noch das ganze sozialdemokratische Programm entwickelt hatte, ging man zum zweiten Punkt der Tagesordnung, Verbandsangelegenheiten, über. Der Vertrauensmann Herrn Jährig gab bekannt, daß er den Auftrag der vorigen Versammlung, die zwei Kameraden, welche trotz der Lohnunterschieden auf einem Neubau weiter gearbeitet haben, einzuladen, nicht ausführen konnte, da er die Adressen der Kameraden zu spät erfahren habe. Er wurde deshalb nochmals beauftragt, dieselben zur nächsten Versammlung einzuladen. Hierauf forderte Jährig diejenigen, die noch im Besitze einer Statistikkarte sind, auf, dieselbe baldigst abzuliefern. Sodann stellte Kamerad Reichert den Antrag, die Kameraden in Danzig noch mit M. 50 zu unterstützen. Nachdem noch die Kameraden Rasche, Bischof, Jährig und Meier für den Antrag gesprochen hatten, wurde derselbe einstimmig angenommen. Die Kameraden wurden noch ersucht, zu den Verbandsversammlungen zahlreicher zu erscheinen, weil die Vorträge für jeden sehr lehrreich und nützlich sind.

Hamburg. Am 5. Juni tagten hier fünf Bezirksversammlungen, die vom Vorstand des hiesigen Lokalverbandes einberufen worden waren. Auf der Tagesordnung stand in allen Versammlungen: „Ist es notwendig, daß wir uns organisieren?“ und Diskussion. In Elm s b ü t t e l referierte Kamerad Niemeier. Derselbe führte aus, daß es eigentlich als überflüssig betrachtet werden könne, vor Arbeitern, die als aufgeklärt gelten, über dieses Thema zu sprechen. Indessen sei die große Zahl der nichtorganisierten Kameraden in Betracht zu ziehen, dann zeige sich, daß die Frage nicht oft genug diskutiert werden könne. Redner gab nun einen historischen Überblick über die Entwicklung der Zimmererorganisation in Deutschland und zeigte an vielen Beispielen, daß die Notwendigkeit der Organisation sich zeige, indem alle Unterdrückungsmaßregeln bisher gescheitert sind. Auch schilderte er die Erfolge der Organisation, die unverkennbar sind. In Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges ließen sich freilich Lohn- und Arbeitsbedingungen nur selten verbessern, um so notwendiger sei in solchen Zeiten aber die Organisation, um das bis dahin Erreichte festzuhalten. Zur Erhaltung der Organisation seien Beiträge notwendig, und der Beitrag von 30 $\frac{1}{2}$ pro Woche im Sommer und 10 $\frac{1}{2}$ pro Woche im Winter ist in Anbetracht der früher gezahlten Beiträge für die Hamburger Zimmerleute, soweit sie in Arbeit stehen, nicht zu hoch. Die arbeitslosen Kameraden sind bisher aber von Beiträgen befreit gewesen, darum könne dieser Punkt absolut kein Hindernis für die Organisation bilden. In der Diskussion ergriff zunächst Kamerad Händel das Wort. Derselbe beklagte sich über die „hohen“ Beiträge und wünscht die Verschmelzung der verschiedenen Fachorgane. Die diesbezüglichen Ausführungen wurden jedoch vom dem Referenten widerlegt, indem er nachwies, daß die Organisationen, die auf dem Boden der unsrigen stehen, aber schon weiter ausgebaut sind, als die unsrige, als die besten bezeichnet werden müssen. Nachdem sprach sich Schnack im Sinne Händel's aus und fügte an, daß der Buchdruckerverein in den Jahren 1886—1890 bei einer Mitgliederzahl von durchschnittlich 12 898 für Unterstützungszwecke M. 2 809 484 und für den Kampf auf wirtschaftlichem Gebiet M. 371 678 verausgabt habe, ähnlich so sei es in den englischen Gewerkschaften. Nach dem „Hamburger Echo“ hätten dieselben im Jahre 1892 für Unterstützungszwecke 54 für Verwaltung 21 und für Streiks 26 Prozent verausgabt. Ferner betrage nach derselben Statistik der Jahresbeitrag M. 29,50, wogegen wir für Verband und Krankenkasse zusammen M. 43,69, also M. 14,19 mehr zahlen müßten. Trotzdem sei unser Durchschnittslohn niedriger als in England. Von den 2352 Streiks, die in den Jahren 1870 bis 1879 in England stattgefunden haben, wären nach einem Vortrage in der früheren „Zimmerkunst“ 71 von den Arbeitern gewonnen, 91 geschlichtet und 219 gänzlich verloren gegangen, 114 Streiks hätten die Summe von M. 103 383 630 verschlungen. Auch die Ansicht John Burns gehe dahin, daß die Zeit der Streiks in England vorüber sei, nachdem sich das Kapital vereinigt habe. Auch erwarte Redner für Gründung von Unterstützungskassen, man solle durch solche Palliativmittel nicht das Elend vertuschen, sondern mehr die Noth und das Elend an die Öffentlichkeit bringen. Im Uebrigen hält er die Gewerkschaftsorganisation für notwendig. (Obgleich der Raum des Blattes knapp ist, bringen wir diese Ausführungen doch möglichst wortgetreu so wieder, wie uns dieselben durch den Schriftführer zugegangen sind, weil hierdurch am besten gezeigt wird, woran die hiesige Organisation leidet. D. R.) Nachdem sprachen noch Dreier und mehrere andere Redner, deren Darlegungen sich zum Theil im Sinne der Schnack'schen Ausführungen bewegten. Von Dreier wurde hervorgehoben, daß mit einem Industriebetrieb bald der Anfang gemacht werden müsse, sonst betonten meist alle Redner die Notwendig-

keit der gewerblichen Organisation. Eine Resolution, deren Wortlaut der Schriftführer leider nicht mittheilt, ist angenommen und soll besagen, daß die Beiträge zu hoch seien und unsere Organisation schwächen, daß es an der Zeit wäre, die verschiedenen Berufsorganisationen zu verschmelzen und unsere Agitatoren angewiesen werden müßten, dafür zu wirken. Dann erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

In der Bezirksversammlung für Hamm, Horn, Borgfelde, Hohenfelde referierte Kamerad Rathmann. Derselbe schilderte das heutige Unternehmertum und die elende Lage der Zimmerer. Die heutige Krise mahne uns zur Organisation, damit wir die Arbeitszeit verkürzen und möglichst bald den achtstündigen Arbeitstag einführen können. Außerdem sehe man, wo keine Organisation besteht, ist der Lohn niedrig und die Arbeitszeit am längsten; von der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung hätten wir nichts zu erwarten, diese müsse beseitigt und an deren Stelle die sozialistische Gesellschaftsordnung geschaffen werden. Redner forderte alle Anwesenden auf, so es noch nicht geschehen, sich der Sozialdemokratie und dem Verbands deutscher Zimmerleute anzuschließen. Zur Diskussion erhielt Bachhaus das Wort. Er erklärte sich mit dem Referenten einverstanden, nur glaubt er, daß wir allgemeine Arbeitervereine anstreben müßten. Er hofft, daß dieselben leistungsfähiger sind, als einzelne Verbände, deren vermeintliche Schwäche verjuchte er mit dem Streit von 1890 zu beweisen. Er ersuchte daher, „Nationalarbeitervereine“ zu gründen, wie die englischen und amerikanischen Unionsen. Rathmann führte dann aus, daß nicht der Verband als solcher, sondern die Verschmelzung der Kapitalisten es war, welche uns 1890 den Streit illusorisch machte; auch könnten hier nicht die englischen und amerikanischen Unionsen in Betracht kommen, weil uns hier die verschiedenen Vereinsgesetze entgegenständen und könnten auch nicht dementsprechende Fonds ansammeln, weil dieselben leicht konfisziert werden könnten. Redner ersucht nochmals alle Anwesenden, daß sie dem Verbands beitreten möchten. Hachström wünscht, die politische wie gewerkschaftliche Organisation so lange beizubehalten, bis wir an deren Stelle eine bessere setzen können. Hierauf Schluß der verhältnismäßig gut besuchten Versammlung.

Neumünster. Am Mittwoch, den 30. Mai, fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Nachdem das Protokoll der letzten Versammlung vorgelesen und die Beiträge eintassiert worden waren, erstattete zunächst die Lohnkommission Bericht über ihre Verhandlungen mit den Meistern. Es wurde beschlossen, den vereinbarten Lohnvertrag zu drucken, und dann durch den Kolporteur verbreiten zu lassen, damit jedes Mitglied ein Exemplar erhält. Dann wurde die Beitragshebung geregelt und nachdem Bericht vom Kartell erstattet. Den Danziger Kameraden wurden M. 70 aus der Lokalkasse bewilligt und es wurde ferner beschlossen, daß dies Geld durch Sammlungen wieder aufgebracht werden soll; außerdem ist der Lokalvorstand ermächtigt worden, in Zukunft bei ähnlichen Fällen gleich Sammellisten auszugeben. Dann machte der Vorsitzende auf die Statistikkarten aufmerksam, dieselben sollen beim Vorsitzenden eingelefert werden, damit dieser seinen Verpflichtungen gegenüber dem Hauptvorstand nachkommen kann.

Schwartzau. (Berichtigung.) In dem Bericht im „Zimmerer“ Nummer 21 vom 26. Mai soll es nicht „Generalversammlung“, sondern „regelmäßige Mitgliederversammlung“ heißen. Ferner soll es nicht heißen, daß alle Personen auf zwei Jahre gewählt seien, sondern nur Kamerad Kiedbusch als Revisor ist auf zwei Jahre gewählt worden.

Stettin. Am 15. Mai tagte unsere Mitgliederversammlung, der die Abrechnung vom 1. Quartal vorgelegt wurde, welche für richtig befunden worden ist. Dann wurde beschlossen, am 9. Juni unser Stiftungsfest zu feiern, dasselbe ist bereits abgehalten. Nachdem verlas der Vorsitzende die Unterstützungsgesuche der Danziger und der Barther Kameraden; für letztere wurden M. 30 bewilligt. Die Danziger Kameraden wären ebenfalls unterstützt worden, indessen sind gegenwärtig die Klassenverhältnisse dazu nicht angethan. Auf eine Anfrage des Vertrauensmannes im Straßunder Kreise, ob in diesem Jahre ein Provinzial-Verbandsstag stattfinden soll, wurde beschlossen, diese Angelegenheit auf das nächste Jahr zu verschieben, weil die Unkosten zu erheblich sind. Ein Antrag, daß der Vertrauensmann von Stettin eine Agitationsreise in seinem Bezirk machen soll, wurde angenommen. Nachdem noch einige innere Angelegenheiten geregelt waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

Thorn. Am Sonntag, den 3. Juni, tagte unsere regelmäßige Monatsversammlung. Nachdem die geschäftlichen Angelegenheiten geregelt waren, entspann sich eine rege Debatte über die zureisenden Kameraden aus Danzig. Hier in Thorn ist die Arbeit sehr flau und ist es uns deshalb nicht möglich, die Kameraden unterzubringen, obgleich wir uns die größte Mühe gegeben haben. Es ist deshalb den Danziger Kameraden anzurathen, vorläufig nicht nach Thorn zu kommen. Dann kam zur Sprache, daß ein hiesiger Meister die Zimmerarbeiten an den Kasernenbauten in Danzig bekommen hat. Nun sollen von hier zwei Zimmergesellen nach Danzig und die Thürgerüste aufstellen, dazu hat sich aber nur einer gefunden und zwar ein solcher, der nie dem Verbands angehört. Derselbe ist auch 1890 als Streikbrecher nach Hamburg gefahren, aber sofort zurückgekommen, weil die Hamburger Kameraden ihn an die Luft gesetzt hatten, hoffentlich werden dies auch die Danziger Kameraden besorgen. Dann forderte der Vorsitzende die Kameraden noch auf, die Versammlungen besser zu besuchen, da in letzter Zeit die Versammlungen kaum vom zehnten Theil

besucht worden sind. Die nächste Generalversammlung findet am 8. Juli, Nachmittags 5 Uhr, statt.

Sozialpolitisches.

Zum Kapitel Miethswucher und Proletariat dürfte folgender Fall gehören, der keineswegs vereinzelt da steht; solche Fälle kommen in großen Städten jeden Tag vor: In Berlin wohnte ein Ehepaar mit sechs Kindern im Alter von 8 Jahren bis zu 6 Monaten im Keller eines Seitenflügels. Der Mann hat seit November vorigen Jahres nur vorübergehend Beschäftigung gehabt, die Frau hatte mit dem Haushalt und der Versorgung der kleinen Kinder vollauf zu thun. Kein Wunder daher, daß sie die Wohnungsmieth für die Monate April und Mai d. J. in Höhe von zusammen M. 38 schuldig blieben. Der Verwalter des Hauses strengte nun in Vertretung des Hauseigentümers die Gemüthsfrage an, und am Montag Vormittag erschien ein Gerichtsvollzieher, um seines traurigen Amtes zu walten. Er traf die Frau mit dem jüngsten Kinde allein in den Räumen an, während sich der Mann auf der Suche nach Arbeit befand. Die Frau bat den Beamten, ihre draußen spielenden Kinder für den Auszug umkleiden zu dürfen und lief fort, um sie zu rufen. Bei ihrer Rückkehr fand sie die Wohnung verschlossen und ihre in einem Kinderwagen liegende jüngste Tochter war auf den Hausflur hinausgeschoben worden. Der Frau blieb nichts übrig, als mit ihren Kindern auf der Straße die Rückkehr des Mannes abzuwarten, sich aber, als der Erwartete bis 8 1/4 Uhr nicht eingetroffen war, nach der Wache des 4. Polizeireviere mit der obdachlosen Schaar zu begeben. Die Polizei war der vorgeklärten Zeit wegen nicht mehr in der Lage, die Familie im städtischen Asyl unterzubringen, und ein Schutzmann machte sich mit dem inzwischen eingetroffenen Familienoberhaupt nach dem Hauseigentümer auf und erwirkte auch die schriftliche Erlaubnis, daß die Familie für die Nacht in die innegehabten Räume zurückkehren dürfe. Obgleich man nun annehmen kann, daß der Verwalter die Handschrift des Hauswirths kennt, obgleich ferner ein Schutzmann die Genehmigung befristete, war der Verwalter doch hartherzig genug, den armen auf der Straße schlafenden Wärmern den Eintritt zu verwehren, bis er selbst bei dem Eigentümer die Nichtigkeit festgestellt hatte. So wurde es nach Mitternacht, bis auf polizeiliche Verwendung die Familie wieder ihren Einzug auf wenige Stunden halten konnte. Am Dienstag ging dann der große Jammer der Unglücklichen an. Wie viel Tausende gehen gegenwärtig denselben Weg? Trotzdem stehen tausende und abertausende Wohnungen leer; wir leben in der besten der Welten!

Das Petroleum-Monopol, dessen Zusaufstehen wir schon Ende des vorigen Jahres unseren Lesern anzeigten, ist nun thatsächlich zu Stande gekommen. Wie eine Nachricht aus Paris belagt, ist zwischen Rothschild, d. h. dem Kartell der kausstischen Naphtin-Industriellen, und der amerikanischen Standard Oil Company eine völlige Einigung erzielt worden, der Pakt ist geschlossen, gefertigt und gesiegelt, die Generalausbeutung auf Vorkosten kann losgehen. Aber nicht bloß der Petroleum-Großhandel ist den Monopolisten verfallen, auch der Zwischenhandel ist schon zum größten Theil in ihre Fänge gerathen, wenigstens in Deutschland. Der deutsche Abnehmer der Standard Oil Company, die deutsch-amerikanische Petroleum-Gesellschaft, zerbricht im Sturmschritt jedwede Konkurrenz. In Stettin war vor einigen Jahren eine Petroleum-Import-Gesellschaft gegründet worden, die den Monopolgelüsten des Herrn Rockefeller und seiner Leute ein Paroli biegen sollte, die Standard Oil Company hat sie aufgefressen; in Bremen bestand eine Petroleumraffinerie, die sich sehr rentirte, die Standard Oil Company hat sie sich angegliedert.

Wie weit die Entwicklung bereits fortgeschritten, geht aus dem Rechenschaftsbericht der Berliner Aktien-gesellschaft Petroleum-Vagerhof hervor, der soeben veröffentlicht wird. In diesem Bericht heißt es: „Die Einnahmen sind deshalb zurückgegangen, weil das Petroleum-Verkaufsgeschäft sich zu einem Monopol der amerikanischen Petroleum-Importgesellschaft seit Jahresfrist herausgebildet hat. Es sei kaum noch möglich, Petroleum von anderer Seite zu importieren.“ Diese Sätze wurden geschrieben, ehe noch die Folgen des Uebereinkommens zwischen Rothschild und Rockefeller sich zeigen konnten. Nach Jahresfrist werden die Thatsachen noch eine ganz andere Sprache sprechen.

Aus der Schweiz wird uns geschrieben: „Wie vorauszu sehen war, ist in der Volksabstimmung am Sonntag die sozialdemokratische Initiative für das Recht auf Arbeit mit einer großen Mehrheit abgelehnt worden; den 72 513 Ja stehen 291 690 Nein gegenüber. Zu den 52 000 Unterzeichnern der Initiative haben sich also noch 20 000 Anhänger hinzugefügt. Die sozialdemokratische Partei ist von diesem Abstimmungsresultat nicht überrascht. Obgleich sie in den letzten Wochen eine fleißige Agitation in Wort und Schrift entfaltet, gab sie sich über den schließlichen Ausgang der Kampagne keinerlei Täuschung hin. Darum haben aber auch die bürgerlichen Gegner nicht besonderen Anlaß, zu triumphiren, abgesehen davon, daß 72 000 Bürger, welche sich für die Initiative erklärten, eine keineswegs zu verachtende Zahl sind. Immerhin muß die große Schaar der Verwerfenden wieder einmal lehren, welche Kiesenarbeit an Aufklärung noch verrichtet werden muß, bis die Anhänger der sozialdemokratischen Idee in der Schweiz zu einer einflußreichen Stellung in der Gesetzgebung gelangen werden. Mit

Sicherheit darangenommen werden, daß die 72 000 Bürger, welche sich für das Recht auf Arbeit erklärten, Sozialdemokraten sind und damit zugleich deren Stärke ausgedrückt ist. In einigen Jahren sollte eine neuerliche Heerzählung 100 000 ergeben.

Gewerkschaftliches und Lohnbewegung.

Der Danziger Zimmererstreik sieht für unsere Kameraden nach wie vor günstig. Die seit Langem angekindigten italienischen Streikbrecher sind bis jetzt ausgeblieben, was von vornherein zu erwarten war, weil italienische Zimmerleute bisher überhaupt nur ganz vereinzelt in Deutschland angetroffen worden sind. Dahingegen sind nach Beendigung des Maurerausschlusses — denn hier kann man nicht etwa vom Streik reden — 62 italienische Maurer eingetroffen, woran die hiesigen Einwohner erweisen können, wie schädlich solcher Import wirkt, denn die Leute sind wie bekannt ganz bedürfnislos und übrigens zu den hiesigen Arbeiten kaum zu gebrauchen.

Der Maurerausschluß hat, wie wir hier beiläufig bemerken wollen, dadurch sein Ende gefunden, daß die Meister auf die Unterschrift des Schandgesetzes, genannt Revers, verzichteten und den Klassenlohn auf 38, 41 und 43 $\frac{1}{2}$ pro Stunde erhöht haben. Außerdem soll eine Kommission, aus vier Arbeitgebern und vier Arbeitnehmern bestehend, den Lohn für nächstes Jahr regeln. Somit wäre trotz aller Wortklauberien ein Mindestlohn von 38 $\frac{1}{2}$ pro Stunde anerkannt worden.

Daß unseren Kameraden mit einigen recht ungünstigen Verkaufslösungen 35 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn angeboten wurde, berichteten wir schon früher. Seitdem sind 37 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ und jetzt hat der Bürgermeister Baumbach eine Verhandlung auf der Grundlage mit 38 $\frac{1}{2}$ „ortsüblichem und regelmäßigem“ Stundenlohn angeboten, was unsere Kameraden event., das heißt, wenn die verkauften Hintertüren fortfallen, annehmen werden. Bis jetzt haben indessen die Meister noch nicht gesprochen, sie geben sich immer noch dem Glauben hin, den Streikenden würde das Geld ausreichen, worauf sie wohl noch recht lange warten können, falls die Arbeiter und hauptsächlich die Zimmerer Deutschlands nicht nachlassen mit ihrer finanziellen Beihilfe; was wir natürlich nicht hoffen.

Sehr viele Bauten müssen dieses Jahr noch fertig gestellt werden, und es scheint so, als ob die „Meister“, die nun doch einmal einsehen, daß sie bewilligen müssen, den Streik nur aus dem Grunde noch in die Länge zu ziehen suchen, um einige kleine Kräuter abzuschlachten und um nachher von den Bauherren höhere Bedingungen zu erpressen.

Die Streikenden erhalten von jetzt ab folgende Unterstützungen pro Woche ausgezahlt: Verheirathete mit mehr als 4 unmündigen Kindern M. 11, mit weniger als 4 unmündigen Kindern M. 10, ohne Kinder M. 9, Unverheirathete erhalten M. 6. Bisher waren die Unterstützungen in allen Klassen um M. 1 niedriger. Hierbei haben unsere Kameraden 5 Wochen tapfer ausgehalten, um so eher steht zu hoffen, daß sie nun auch in Zukunft ausharren werden. Und was die Unterstützungen der Höhe nach anbelangt, so wird sie für eine Stadt, wie Danzig ist, Jeder billigen. Es werden trotzdem pro Woche etwas über M. 2000 Unterstützung gebraucht, die Kameraden im übrigen Deutschland haben also alle Ursache, ihr Möglichstes zu thun.

Alle Sendungen sind zu richten an Eugen Sellin, Danzig, Rittergasse 17.

Der Zimmererstreik in Barth hat sich bisher nach keiner Richtung verändert. Die Streikenden sind bis auf sieben Mann abgereift und auch diese würden noch abreisen, wenn nicht notwendig einige Personen am Ort bleiben müßten. Die Zahl wird sich indessen noch in dieser Woche um einige Personen vermindern. Den hier Eingeweihten wird es jetzt mit jedem Tage klarer, daß der Streik hauptsächlich von einem „Meister“ aufrecht erhalten wird, der seine Kollegen, die minder kapitalträchtig sind wie er, abwürgen will. Diese Machination geht uns indessen verheult wenig an, das Einzige bei der Sache ist nur, die Klapsmeier werden dann die Augen auftriegen, wenn es für sie zu spät ist, denn für dieses Jahr ist der Profit zum größten Theile fort. Die hiesigen Einwohner merken auch nachgerade, daß der eine Ausbeuter, der übrig zu bleiben strebt, es weniger auf die Zimmerleute, als auf ihren Geldbeutel abgesehen hat.

Was aber aus dem Streik auch erstehen mag, die Streikenden sind nicht schuld, sondern diejenigen, die sich gegen sie einnehmen lassen. Der Geist unter den Streikenden ist nach wie vor gut, sie verzichten unter keinen Umständen auf die gestellten, sehr bescheidenen Forderungen. Alle Sendungen sind zu richten an Max Goldmann, Barth i. P., Fischerstraße 396.

Die Agitation zur Ausbreitung unserer Organisation, soweit dieselbe vom Hauptvorstande direkt in die Hand genommen worden war, hat bisher zum Theil recht gute Erfolge zu verzeichnen, ebenso die Thätigkeit einiger Provinzial-Agitationscomités. Es ist eine größere Anzahl recht gut besuchter Versammlungen abgehalten und auch eine Anzahl neuer Lokalverbände gegründet worden. Es ist nun notwendig, daß die Anregungen in Fluß bleiben, damit das oben Geschaffene nicht etwa schon nach kurzer Zeit wieder verloren geht. Die Lokalverbände müssen etwas mehr auf der Hut sein, als dies bisher zum Theil der Fall war. Aber auch jedes einzelne Mitglied hat die Verpflichtung, bei jeder passenden Gelegenheit für die Organisation zu

agitiren; es ist durchaus nicht genug geschehen, wenn der Einzelne nur seinen Beitrag leistet, sonst aber hinter dem Ofen lauert. Bis nächstes Frühjahr muß unsere Mitgliederzahl unbedingt zunehmen, wenn wir die sich dann in mehreren Orten bietende günstige Gelegenheit zu unseren Gunsten ausnutzen wollen.

In Hamburg haben vorige Woche an einem Tage fünf Zimmererfassungen in den verschiedenen Stadttheilen stattgefunden, welche die Hamburger Mitglieder, die zum Theil von einer großartigen Leihgärie befallen sind, aufrütteln sollten. Die Berichte liegen bis jetzt noch nicht alle vor, soweit dies aber der Fall und nach den Mittheilungen zu schließen ist, die uns privatim zugehen, können wir konstatiren, daß der Zweck nicht verfehlt ist.

Die Hamburger Mitglieder haben übrigens alle Ursache, für Aufrechterhaltung und Kräftigung der Organisation zu wirken, denn es wird öfter gemeldet, daß sich einzelne Kräfte unterziehen, den Lohn herabzubringen. Wird hier nicht bei Zeiten energisch Front gemacht, dann dürfte das Uebel bald zunehmen.

Wie uns mitgetheilt wurde, hatten einzelne Personen die „hohen“ Beiträge als Hellscheibe ihrer Angriffe erkorren, noch dazu solche Leute, die vor zwei Jahren den Hamburger Mitglieder, neben den regelmäßigen Verbandssteuern von pro Jahr M. 10,45, M. 1,20 Extrasteuern und M. 1,20 Kolporteurgelbern, noch M. 5 außerordentliche Extrasteuern aufhasteten, so daß im Ganzen M. 17,85 Jahresbeitrag pro Hamburger Mitglied aufzubringen waren. Jetzt sollen mit Kolporteurgelbern im Ganzen M. 11,60 aufgebracht werden, die arbeitslosen Kameraden sind bisher von den Beiträgen befreit, was früher in dem Maße nicht der Fall war; man sieht zunächst, was solche Angriffe auf sich haben.

Aber abgesehen davon, wir haben alle Ursache, etwa streitige Fragen in engeren Mitgliederfassungen zu erörtern und Versammlungen, die der Agitation zur Ausbreitung des Verbandes dienen, damit zu verschonen; anders können wir unmöglich vorwärts kommen. In dieser Ansicht werden wir durch verschiedene Mittheilungen von den Agitatoren bekräftigt. Es kommt nämlich ab und zu auch anderwärts vor, daß irgendwer über diese oder jene Einrichtung ein langes und breites Lamento anstimmt, daß womöglich Einer, noch dazu in recht schwach besuchten Versammlungen, von Industrieverbänden und sonstigem Unfuss faßelt, oder irgend ein „unabhängig“ sein wollender Querkopf seine ungeschlachten Beschimpfungen über die vermeintliche Unthätigkeit der sozialdemokratischen Partei zum Besten giebt u. s. w. In solchen Fällen ist der Erfolg der Versammlung immer gleich Null. Und was noch recht charakteristisch ist, nicht selten stellt sich heraus, daß solche Querköpfe entweder ganz laue Mitglieder irgend einer Gewerkschaft sind oder gar keiner Gewerkschaft angehören. Darum ist dringend zu empfehlen, daß allen diesen Leuten etwas scharf auf die Finger gesehen wird, denn die Feinde der Arbeiterfrage sehen nachgerade ein, daß sie mit den plumpen Mitteln gegen die Gewerkschaftsbewegung nichts ausrichten können; es liegt darum zu nahe, daß sie es mit anderen Mitteln versuchen. Man studire den Anarchismus und seine Geschichte genau, dann wird man uns beipflichten, daß die Arbeiterfeinde mit allen Händen geht und in der Wahl ihrer Werkzeuge gerade nicht nobel sind.

Wie also schon erwähnt, die Agitation darf nicht wieder einschlafen, und nebenbei muß auch im Innern der Organisation nach allen Richtungen Klärung geschaffen werden. Wir haben keinen Augenblick Zeit, die Hände müßig in den Schooß zu legen.

Eine Maurer- und Zimmererfassungen in Crammischau in Sachsen beschloß: „In Erwägung, daß die Lohnverhältnisse der hiesigen Bauhandwerker so traurige sind, daß wir nicht mehr im Stande sind, unseren Verpflichtungen gegen Familie, Gemeinde und Staat nachzukommen, in weiterer Erwägung, daß wir uns schon alle mögliche Mühe gegeben, die so traurige Lage der Bauhandwerker bessern zu wollen, was aber stets an den harten Köpfen unserer Herren Meister abprallte, indem sie uns bis heute getröfelt haben, die Löhne wie Arbeitsverhältnisse einer Besserung zu unterziehen, im Weiteren, da noch eine große Anzahl hiesiger Bauhandwerker arbeitslos ist, die Meister hingegen böhmische Arbeiter beschäftigen, dadurch bewußt die Arbeitslosigkeit der hiesigen Bauhandwerker vergrößern helfen, möge die heutige, im Saale des „Deutschen Hauses“ tagende öffentliche Bauhandwerkerversammlung beschließen, eine Kommission von 4 Mann, und zwar 2 Zimmerer und 2 Maurer, zu wählen, welche beauftragt wird, sofort ein Flugblatt zu verbreiten, worin unsere Lohnverhältnisse, sowie die der Herren Meister bekannt gegeben werden sollen, sowie das Material, das wir bis jetzt gesammelt haben, mit veröffentlicht wird. Diese Resolution ist den Meistern zuzustellen.“

Ueber die Stärke resp. Zunahme der Gewerkschaftsorganisationen in Ost- und Westpreußen veröffentlicht die Agitationskommission in Königsberg, welche von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands eingesetzt worden ist, folgenden Bericht: „Wir bringen hier unter Hinweglassung der Mitgliederzahl der Buchdrucker, die von den Gaudiorständen derselben nicht angegeben wurde, eine Statistik über die Gewerkschaften in Ost- und Westpreußen, aus der sich ergibt, daß die Gesamtmitgliederzahl am 1. April 1893 1280, am 1. Januar 1894 aber 1790 betrug, mithin ist trotz der schlechten Erwerbsverhältnisse eine Mitgliederzunahme von 510 zu konstatiren. Mit den Buchdruckern würde die Gesamtmitgliederzahl etwa 2100—2200 betragen. Außerdem haben sich seit der Zeit in Königs-

berg 45 Klempner und 51 Maler der Organisation angeschlossen, in Tilsit hat sich die Maurerorganisation und in Danzig ebenfalls die Maurer- und auch die Zimmererorganisation erheblich verstärkt. In Elbing ist ein Lokalverband der Zimmerer gegründet worden, der 35 Mitglieder zählt. Die Zunahme bis jetzt ist also bedeutend größer, als die angeführten Zahlen ausdrücken. Wir lassen nunmehr die Tabelle folgen:

Name des Ortes und der Organisation	Seit wann besteht die Organisation?	Wieviel Mitgl. hatte sie am 1. April 1893?	Wieviel Mitgl. am 1. Januar 1894?
Königsberg i. Pr., Bildhauer	1881	17	23
" Böttcher 1)	—	—	—
" Buchdrucker	—	—	—
" Glaser	1887	11	12
" Holzarbeiter	1893	94	74
" Holzhülfsarbeiter	1892	—	18
" Hutmacher 2)	—	—	—
" Kellner, Iof.	1893	—	67
" Kupfer Schmiede	—	16	16
" Maler, Iof.	1887	24	17
" Maurer, Iof.	—	50	50
" Metallarbeiter	1891	59	76
" Sattler u. Tapezierer	1890	3	21
" Schneider 3)	—	—	—
" Schuhmacher	1889	27	20
" Steinsetzer	1886	35	38
" Steinrammer	1893	—	35
" Tabakarbeiter	1893	—	13
" Töpfer, Iof.	1887	56	70
" Zimmerer	1883	78	68
Tilsit, Buchdrucker	—	—	—
" Holzarbeiter	1893	40	52
" Maler	1893	—	17
" Maurer	1893	—	67
" Schuhmacher	1893	—	26
Memel 4), Bauarbeiter	1891	34	6
" Buchdrucker	—	—	—
" Verein d. Handwerksgef., Iof.	1892	92	45
" Zimmerer	1889	10	16
Vartenstein, Metallarbeiter	1893	—	21
Insterburg, Buchdrucker	—	—	—
" Metallarbeiter	1893	—	9
Gumbinnen, Buchdrucker	—	—	—
Braunsberg, —	—	—	—
Elbing, Holzarbeiter	1893	22	30
" Maurer	1892	13	6
" Metallarbeiter	—	—	—
" Steinsetzer	1892	23	21
Dirschau, Zimmerer	1889	26	22
Danzig, Böttcher	1889	18	24
" Buchdrucker	—	—	—
" Former	1892	14	18
" Holzarbeiter	1893	35	97
" Hutmacher	—	—	—
" Hülfsarbeiter	1893	63	73
" Kupfer Schmiede	1885	36	41
" Lithographen	1892	7	9
" Maurer	1890	50	50
" Metallarbeiter	1891	37	77
" Schmiede	1891	36	12
" Töpfer	1892	26	30
" Zimmerer	1891	60	70
Regan bei Danzig, Glasarbeiter	—	3	6
Thorn, Metallarbeiter	1893	—	27
" Maurer	1891	29	47
" Zimmerer	1886	36	45
Zastrow, Tabakarbeiter	1887	40	69
Bromberg, Steinsetzer	1893	26	32
" Zimmerer	1885	40	26
Schönlante, Tabakarbeiter	1887	42	58
Neustettin, Holzarbeiter	1893	18	23

Zusammen... 1280 | 1790

Anmerkungen: 1) aufgelöst. 2) Einzelmitglieder vorhanden. 3) Verweigerten die Auskunft. 4) In Memel sind deshalb die Organisationen so zurückgegangen, weil beinahe seit zwei Jahren keine Lokaltäten zu Versammlungen zu erhalten sind. — Iof. bedeutet Iokalifikt. Wo nichts angegeben ist, gehören die Organisationen den Zentralverbänden an. Die Verwaltungsstellen des Holzarbeiterverbandes sind aus den Organisationen der Tischler und Drechsler hervorgegangen, die sich bekanntlich im vorigen Jahre auflösten.

Die Errichtung eines Arbeiter-Sekretariats streben die Nürnberg-Gewerkschaften an. Dasselbe soll in Fragen der Sozialgesetzgebung Auskunft erteilen, in gewerblichen Streitigkeiten Unterstützung und Rechtsbeistand gewähren, der hier im Argen liegenden Arbeiterstatistik obliegen, den zentralisirten Arbeitsnachweis pflegen und der Hebung der bestehenden, sowie der Bildung neuer Gewerkschaften sein Augenmerk zuwenden, überhaupt eine Zentralstelle für alle Arbeiterangelegenheiten bilden. Die Errichtung ist davon abhängig, daß die organisierten Arbeiter Willens sind, einen Wochenbeitrag von mindestens 2 $\frac{1}{2}$ zu leisten. Die Stadtgemeinde wird um Subvention gebeten werden.

Gewerbegerichtliches.

Bei den **Gewerbegerichtswahlen**, die in den letzten Tagen in verschiedenen Städten vollzogen wurden,

hat die sozialdemokratische Arbeiterschaft namhafte Erfolge errungen. In Ludwigshafen endeten die am 4. Juni vorgenommenen Beisitzerwahlen zum gewerblichen Schiedsgericht (Arbeitgeber und Nehmer) mit dem vollständigen Siege der Sozialdemokraten.

Aus **B a m b e r g** kommt folgende Meldung: Vollständiger Sieg der Arbeitnehmer: Sozialdemokraten 728, Witschmasch 286 Stimmen. Arbeitgeber: Handwerkerverein 142, Witschmasch 106, Gewerbeverein 96 Stimmen.

In **S c h w e l m** siegte in der Stadt die sozialdemokratische Liste mit 470 Stimmen. Die Gegner (Hirsch-Dunker'scher Gewerbeverein, Evangelischer Arbeiterverein, Katholischer Gesellenverein zusammen) erhielten nur 137 Stimmen. Trotzdem die Gegner kennebare Stimmzettel hatten, brachten sie es nur zu dem erwähnten Resultat.

In **H a n n o v e r** wurden als Beisitzer aus den Kreisen der Arbeitnehmer unsere Genossen in allen zwölf Bezirken gewählt. Von den zwölf Sitzen der Arbeitgeber eroberten unsere Genossen vier.

Muß der ohne Kündigung entlassene Arbeiter förmlich erklären, daß er Schadenersatz verlangt?

Diese Frage wird von den Gewerbegerichten noch keineswegs einheitlich mit Nein! beantwortet, wie folgendes Erkenntnis zeigt, das die „Baugewerks-Zeitung“ gewiß als ihr Ideal aus Zielsicht mittheilt: Ein Arbeitgeber dahier hatte zwei Arbeiter ohne Kündigung entlassen. Beide nahmen ihre Papiere in Empfang und verließen ohne Einspruch ihre Stellen, um dann nach einigen Tagen eine Klage auf Entschädigung wegen kündigungslöser Entlassung bei dem betr. Gewerbegericht anzustellen. Es erfolgte Abweisung der Kläger und zwar mit folgender Motivierung: Ein Arbeiter, der glaubt, Anspruch auf Kündigung zu haben, muß diesen Anspruch sofort bei seiner Entlassung geltend machen; er darf auch keine Papiere, wie die Karten für die Alters- und Invaliditätsversicherung nicht annehmen. Mit dieser Annahme gesteht er sein Einverständnis mit der Entlassung zu. Dieses Erkenntnis deckt sich unseres Erachtens nicht mit den Bestimmungen der Gewerbeordnung, denn diese verlangt nirgends eine förmliche Erklärung, daß der Entlassene auch Schadenersatz verlangt. Uebrigens machen die meisten Arbeiter erst dann eine Klage anhängig, wenn sie in den nächsten Tagen nicht gleich Arbeit finden, also durch die plötzliche Entlassung auch thatsächlich Schaden leiden. Dieses wird aber dadurch unmöglich, wenn sie die Annahme ihrer Papiere verweigern. Die Gewerbegerichte, die in obigen Sinne erkennen, befördern dadurch nur die Zahl der Streitfälle, das ist Alles.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Daß geschlossene Gesellschaften der Polizeistunde nicht unterliegen, also nicht gehalten sind, bei Eintritt derselben das ihnen vom Wirth überlassene Lokal zu räumen, ist in übereinstimmender Rechtsprechung der Gerichte als Grundsatz festgestellt. Eine wichtige Ausdehnung ist diesem Grundsatze durch eine Entscheidung der achten Strafkammer des Landgerichts I, Berlin, gegeben worden. Der Schankwirth Behrend hatte eines Abends über die Polizeistunde hinaus den bei ihm tagenden Rauchklub „Freundschaft“ nicht nur in dessen Vereinszimmer gebudelt, sondern zugelassen, daß die Mitglieder nach Eintritt der Polizeistunde sich in den anderen Räumen des Lokals, insbesondere im eigentlichen Schankzimmer, niederließen. Das Schöffengericht hatte hierin eine unzulässige Ueberschreitung der Polizeistunde erblickt und den Angeklagten deshalb zu einer Geldstrafe verurtheilt. Dieser legte Berufung ein. Sein Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Schöps, wies vor der zweiten Instanz zunächst nach, daß der Angeklagte bei Eintritt der Polizeistunde keine eigentlichen Schankgäste aus dem Lokale entfernt und den Zutritt zu demselben durch Verschließen der Hausthür unmöglich gemacht hatte. Nunmehr erst seien die Mitglieder des Rauchklubs in das an ihr Vereinszimmer grenzende Gastzimmer gekommen. Der Verteidiger plädirte deshalb auf Freisprechung. Der Begriff der geschlossenen Gesellschaft sei nicht davon abhängig, daß sich die betreffende Gesellschaft ununterbrochen in dem ihr zu diesem Zwecke überlassenen geschlossenen Raum aufhalte, vielmehr genüge die durch Statuten oder sonst schon vorher begründete Zusammengehörigkeit der Gesellschaft. Diese Geschlossenheit werde nicht dadurch aufgehoben, daß die Vereinsmitglieder sich auch in anderen Räumen des Lokals verbreiteten, in welchem sie ihre Sitzung abhielten, vorausgesetzt, daß diese Räume für andere Personen nicht zugänglich waren. — Der Gerichtshof schloß sich diesen Ausführungen an und erkannte auf Freisprechung.

Anklagen ohne Unterlagen. Als völlig haltlos erwiesen sich die gegen vier Personen in Halle gerichteten Anklagen wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes. Genossen Grothe und Mittag waren als Vorsitzende des Arbeiter-Bildungsvereins angeklagt, weil der Verein bezwecke, auf öffentliche Angelegenheiten einzuwirken und deshalb die Mitglieder anzumelden seien, was die Genannten unterlassen hätten. Des Weiteren sollten auch Versammlungen stattgefunden haben, welche anzumelden gewesen wären; aus diesem Grunde war auch der Gastwirth, bei dem die Versammlung getagt hatte, mit angeklagt. Endlich saß auch der Professor Cantor auf der Anklagebank wegen eines Vortrages, den er in der Versammlung gehalten hatte. Die Verhandlung ergab die volle Schuldlosigkeit der Angeklagten, so daß Freisprechung erfolgen mußte. Genosse Mittag beschwerte sich mit Recht darüber, daß

derartige Anklagen, denen es von vornherein an jedem Anhaltspunkte fehle, überhaupt erhoben werden.

Ja Bauer, das ist auch etwas ganz Anderes.

Wenn nämlich ein gewerkschaftlicher Agitator durch die mangelhafte Befähigung irgend eines Beamten, der die Versammlung überwacht, in den Verdacht geräth, daß er sich ein Vergehen hat zu Schulden kommen lassen, dann wird er wie ein schwerer Verbrecher aufgegriffen, mit einer Kette gefesselt einem Transporteur anvertraut, dem vorher eingehärt worden ist, daß er es mit einem „geriebenen Jungen“ zu thun hat, und so nach dem Thortorte transportirt — wo, wie geschehen, Freisprechung erfolgt.

Netzt war ein Herr v. Thüngen wegen Beleidigung des Reichsanzlers angeklagt, er weigerte sich ausdrücklich, vor dem Verichte zu erscheinen, nun wurde er vorgeführt und zwar, wie er sich selbst ausläßt, in folgender Weise: Etwa acht Tage vor dem Termin sei der Gensdarmrie-Wachtmeister von Brückenau mit der Meldung zu ihm gekommen, er sei von seiner vorgelegten Behörde und der Staatsanwaltschaft in Würzburg beauftragt, ihn nach Berlin zu „begleiten“. Von v. Thüngen nach seiner Instruktion befragt, erwiderte der Beamte, dieselbe laute dahin, so schonend wie möglich zu verfahren und den Vorzuführenden in seiner Freiheit möglichst wenig zu beschränken. Am 29. Mai cr. Abends sei der Wachtmeister wieder gekommen und am 30. Mai früh mit ihm zusammen nach Berlin gefahren. Hier trennten sie sich, v. Thüngen wohnte in seinem gewohnten Gasthause und traf mit seinem „Begleiter“ erst wieder im Gerichtsgebäude kurz vor der Verhandlung zusammen, woselbst sich der Letztere die Erledigung seines Auftrages vom Staatsanwalt bescheinigen lassen mußte. — Trotzdem sind vor dem Gesetze „alle Preußen gleich“; wer's nicht glaubt bezahlt einen Thaler.

Darf ein Arzt, der nach den anerkannten Regeln der Heilkunst und seiner Ueberzeugung nach eine Operation für geboten hält, auch gegen den Willen des Patienten zu einem operativen Eingriff schreiten? Mit dieser vielumstrittenen Frage hatte sich am Donnerstag das Reichsgericht zu beschäftigen. Ein gewisser Klein in Hamburg brachte sein Kind, welches am sogenannten Knochenfraß litt, nach der Lemke'schen Poliklinik. Herr Dr. Lemke stellt dem Vater die Nothwendigkeit einer Amputation vor und der Vater schien davon so überzeugt, daß er sein Kind nach dem Vereinshospital brachte, welches unter Leitung des Dr. med. Waiz steht. Bald wurde ihm die Sache wieder leid, er eilte nach dem Hospital, aber sein Kind war schon chloroformirt. Obwohl eine Operation, da noch kein Schnitt geschehen war, unterbleiben konnte, ließ Dr. Waiz dem Vater sagen, es wäre jetzt zu spät. Klein denunciarie nun den Dr. Waiz wegen Körperverletzung, jedoch das Landgericht Hamburg sprach den Angeklagten frei. Gegen dies Urtheil legte die Staatsanwaltschaft Revision ein und machte geltend, daß eine jede Operation, die gegen den Willen des Patienten bzw. des Vaters desselben von einem Arzte vorgenommen worden ist, sich als Körperverletzung charakterisirt. Der Reichsanwalt entwickelte in längerer Ausführung die verschiedenen Theorien, welche dem Arzte das Recht geben, im Nothfalle operativ einzugreifen, so unter Anderem die Bindung'sche Berufstheorie und die Gewohnheitsrechts-Theorie von Professor Dr. Oppenheim in Basel, und beantragte selbst Verwerfung der Revision. Das Reichsgericht beschloß jedoch, der Revision des Staatsanwalts stattzugeben. Das Urtheil wurde demnach aufgehoben und zur nochmaligen Verhandlung an die Vorinstanz zurückgewiesen. Es ist also hiermit festgestellt, daß jede Operation gegen den Willen des Patienten oder seiner Angehörigen als Körperverletzung anzusehen und als solche strafbar ist.

Baugewerbliches.

Die hohen Wohnungsmiethen werden oft genug als Folge der „hohen“ Löhne der Bauhandwerker bezeichnet, obgleich bekannt genug ist, daß die theuren Wohnungen nicht in letzter Linie eine Ursache der Lohnforderungen bilden. Es ist daher angebracht, öfter auf die wahre Ursache der hohen Wohnungsmiethen, nämlich auf den Grundstückswocher hinzuweisen. In Hamburg werden in dieser Woche nicht weniger als 26 Zwangsverkäufe von Grundstücken beim Amtsgericht stattfinden. Dieselben sind meist alle über den reellen Werth belastet. Charakteristisch ist, daß ein leerer Bauplatz mit zum Verkauf kommt, der mit M. 60 000 Hypothekenschulden belastet ist. Ein Grundstück in Barnbeck, das einen Feuerfassenwerth von M. 69 850 repräsentirt, trägt eine Schuldenlast von M. 115 000; ein anderes, kleineres Grundstück ist bei einem Feuerfassenwerth von M. 35 750 gar mit M. 92 705 Hypotheken belastet! So wie in Hamburg ist es aber auch in anderen Großstädten. In Braunschweig z. B. wurde kürzlich das Restaurationsgrundstück „Sieben Thürme“ veräußert und für M. 120 000 losgeschlagen, obgleich M. 213 000 Hypothekenschulden darauf standen.

Eine Riesenbrücke, die alle ähnlichen Bauten auf dem europäischen Festlande weit übertrifft, soll auf Rechnung des Staates bei Milingen im Bergischen Land zwischen Remscheid und Solingen über die Wupper gebaut werden. Die Kosten des Werkes sind auf 2 $\frac{1}{4}$ Millionen Mark veranschlagt. Die Höhe der Brücke vom Wupperpiegel bis zum Geseße beträgt 107 Meter. Der das Thal überspannende Bogen hat eine Weite von 170 Metern. Ein anschauliches Bild von der Größe

dieser Maße giebt der „Prometheus“. Denkt man sich vor dem Kölner Dom stehend, so würde der Vogen den ganzen Domplatz einschließlich des Dom-Hotels überspringen und sich dabei bis zum Anfang der Pyramide des Domes, also bis zu zwei Dritteln der gewaltigen Höhe dieses Baues, emporschwingen. Der Wuppenthalbrücke gegenüber ist sogar die Grünthaler Brücke, die bei Rendsburg über den Nordostseeanal führt, ein kleines Bauwerk, obwohl auf dieser in Höhe der höchsten Schiffsmasten Eisenbahnzüge über den Kanal fahren.

Literarisches.

Der Sozialdemokrat, Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Expedition in Berlin SW, Benthstraße 2). Zu beziehen durch alle Zeitungsverkäufer. Das Abonnement beträgt durch die Post oder in Berlin durch die Zeitungsverkäufer pro Quartal M. 1,20, unter Kreuzband M. 1,80.

Nr. 19 vom 7. Juni hat folgenden Inhalt: Wochenschau. — Aus Elsaß-Lothringen. — Zentrum und Sozialdemokratie in Bayern. — Das Recht auf Arbeit in der Schweiz. — Sozialistische Moral von Dr. Conrad Schmidt. — Parteinaechrichten.

Die Arbeiter in England vor den Wahlen. — Die Verhaftungen in Russland. — Die Lage der Fleischnhauer. — Soziales aus Gerhart Hauptmann. II. — Gewerkschaftliches. — Industrie. — Agrarisches. — Sozialistisches. — Arbeiterschutz. — Wie man uns behandelt. — Todtenliste. — Vermischtes. — Literatur.

Fest 7 des Volks-Lexikon, Herausgegeben von Emanuel Wurm; Verlag von Wörlein & Komp, Nürnberg, ist soeben erschienen und enthält folgende größere Artikel: Arbeit der Mechanik; Arbeit in national-ökonomischem Sinne (unter ausführlicher Bezugnahme auf Marx' Kapital); Arbeiter, Zahl derselben; Arbeiterauschüsse; Arbeiterinnenbewegung (Ueberblick über die Arbeiterinnenorganisationen aller Länder); Arbeiterschutz (Geschichte desselben, Beschlüsse aller Arbeiterkongresse, Achtstundentag); Arbeiterschutzgesetzgebung in Australien; A. in Belgien; A. in Dänemark; A. im Deutschen Reich (Geschichte derselben); Arbeiterschutzgesetz, Deutsches (Vorklaut der Gesetzesnovelle vom 1. Juni 1891, nebst den hierauf bezüglichen Anträgen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und Erläuterungen zum Gesetz). — Alle 14 Tage erscheint ein Fest.

Scherm's Reisehandbuch. Einem sehr fühlbaren Bedürfnis hat der Redakteur der „Metallarbeiter-Zeitung“ mit der Herausgabe eines Reisehandbuchs abgeholfen. Das Buch, 256 Seiten stark, ist für wandernde Arbeiter bestimmt und so vortrefflich ausgestattet, wie keines der bis jetzt existierenden ähnlichen Reisebücher. Es enthält über 2000 Touren, die so klar und übersichtlich geordnet sind, daß sich auch der Unbeholfenste zurecht findet. Zur Orientierung dienen außerdem noch eine große Straßenkarte für Deutschland, Oesterreich, Schweiz u., sowie eine Spezialkarte für den rheinisch-westfälischen Industriebezirk und eine Eisenbahnkarte. Das Format des Buches ist trotz seines reichen Inhaltes sehr handlich und kann bequem in der Rocktasche mitgeführt werden. Die Ausstattung ist solid und dauerhaft. Für die Gewerkschaftsbeamten, welche nach Kilometer berechnete Reiseunterstützung auszusahlen haben, wird das Buch eine wahre Wohlthat sein; eine bequemere Anleitung zur Berechnung der zurückgelegten Reisetouren ist kaum mehr möglich. Das Buch kostet M. 1,50. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs, sowie gegen vorherige Einfindung des Betrages durch J. Scherm, Nürnberg, Aufrstraße 1.

Briefkasten der Redaktion.

* Dieser Nummer liegt das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission für die Lokal-Vorstände resp. Vertrauensleute bei.

Versammlungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik werden Versammlungs-Anzeigen bis zu 3 Zeilen Raum unentgeltlich aufgenommen.)

- Bergedorf.** Freitag, den 22. Juni, Abends 8 Uhr, in „St. Petersburg“.
- Bochum.** Sonntag, den 24. Juni, in der „Germaniahalle“.
- Donnerstag**, den 21. Juni, bei Everling, Döhl-schlagern 40.
- Charlottenburg.** Am 19. Juni; siehe Anzei-gentheil.
- Eughaven.** Sonntag, den 24. Juni, auf der Herberge.
- Danzig.** Dienstag, den 26. Juni, Breitegasse 42.
- Dortmund.** Dienstag, den 19. Juni, Abends 8 Uhr, bei Wulke, auf dem Berge 6.
- Essen.** Sonntag, den 24. Juni, Nachmittags 4 Uhr, im Restaurant Franzen Brandstraße.
- Flottbek.** Sonntag, den 24. Juni, bei Schnepel, in Mienstedien.
- Fürth.** Sonntag, den 24. Juni, Vormittags 10 Uhr, bei Bied, Wassergasse.
- Hamburg.** Dienstag, den 19. Juni, im „Englischen Livoli“, St. Georg, Kirchenallee.
- Hannover.** Dienstag, den 26. Juni, bei Herrn Volte, Neuestr. 27.
- Heidelberg.** Sonntag, den 17. Juni, Nachm. 2 1/2 Uhr, in der Forrunthei.
- Lübeck.** Dienstag, den 19. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, bei Sparmann, Hundestr. 101.

- Reichenbach i. V.** Sonntag, den 17. Juni, West-straße 32, in Herrmann's Lokal.
- Spandau.** Dienstag, den 19. Juni, Abends 8 Uhr, bei Bort, Staakenstr. 14.
- Warin.** Sonntag, den 24. Juni, Nachmittags 4 Uhr, auf der Herberge.
- Wilhelmshaven.** Freitag, den 22. Juni, Abends 8 Uhr, bei Thurmman, in Happens.

Sterbetafel.

In Hannover verstarb am 15. Mai D. Romann, geb. am 18. Februar 1868 in Bartelsen bei Bromberg.

Anzeigen.

Lokal-Verband Hamburg.
(Verpätet.)
Am 27. Mai verstarb nach längeren schweren Leiden unser langjähriges Mitglied
Ludw. Brammer,
geboren am 19. April 1840.
Ehre seinem Andenken!
[M. 3,90] Der Vorstand.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer.
(C. S. Nr. 2 in Hamburg.)
Vertliche Verwaltungsstelle Hamburg.
General-Versammlung
am Mittwoch, d. 20. Juni, Abds. 8 1/2 Uhr,
im Lokale des Herrn Fied, Gr. Rosenstraße 37.
Tagesordnung:
1. Statuten-Berathung. 2. Delegirten-Wahl.
Die Mitglieder werden erucht, etwaige Anträge möglichst vorher dem Präsidial-Vorstand zu unterbreiten.
Um recht zahlreiches Erscheinen bittet
[M. 1,50] Der Vorstand.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer.
(C. S. Nr. 2 in Hamburg.)
Vertliche Verwaltungsstelle Eppendorf.
Versammlung
am Mittwoch, den 20. Juni,
im Lokale der Wittwe Herzberg, Winterhude.
[M. —,90] Die Ortsverwaltung.

Lokalverband Charlottenburg.
Versammlung
am Dienstag, den 19. Juni, Abends 8 Uhr,
bei S. Krause, Bismarckstraße 74.
[M. 1,10] Tages-Ordnung:
1. Wie ist die Lage der Zimmerer zu verbessern?
2. Gewerkschaftliches. 3. Fragekasten.
Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist not-hwendig. Gäste sind willkommen. Der Vorstand.

Lokalverband Steinbek.
Am Sonntag, den 24. Juni, im Vereinslokal:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Vorstandswahl. 2. Berathung über das Ver-halten gegenüber gemahregelten Kameraden.
Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist not-hwendig. [M. 1] Der Vorstand.

Lokalverband Dortmund.
Sonntag, den 17. Juni, Nachmittags 2 Uhr,
Auf dem Berge 6:
General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Vorstandswahl. 2. Verschiedenes.
Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.
[M. 1] Der Vorstand.

Aufforderung.
Der Zimmerer Heuer, zuletzt in Wolfenbüttel, wird hierdurch aufgefordert, binnen Kurzem die von dem Zimmerer Cberhard empfangenen Marken zum Generalfonds der Zimmerer Braunschweigs, oder die dafür ein-geammelten Gelder an den Kassirer des Generalfonds E. Löpert, wohnhaft in Braunschweig, Kramerstr. 24, abzuliefern.
Die Lohnkommission der Zimmerer Braunschweigs.

Fachschriften für die Baugewerbe
in großer Auswahl. Franko-Zusendung bei Einfindung des Betrages. Bitte Katalog zu verlangen.
Joh. Sassenbach,
Bücher-Versand und Verlag, Berlin 4.

Genossen!
Kauft nur den „**Wicstift „Solidarität“**“ von **Jean Bloz, Stein bei Nürnberg.**

Soeben ist erschienen:
Scherm's
Reisehandbuch für wandernde Arbeiter.
Mit einer Eisenbahnkarte und zwei Orientirungs-karten.
Preis gut gebunden M. 1,50.
Enthält über 2000 Reisetouren in Deutschland, Oesterreich-Ungarn, der Schweiz, Belgien, Frankreich, Italien und Holland, mit genauer Angabe der Ortsentfernungen in Kilo-metern, in übersichtlicher Anordnung, nebst alpha-betischem Ortsregister, Angabe der Einwohnerzahl und Industrie der bedeutendsten Städte und Orte.
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs, sowie gegen vorherige Einfindung des Betrages durch
J. Scherm, Nürnberg, Aufrstraße 1.

Verkehrslotale, Herbergen usw.
(Jahres-Anferat unter dieser Rubrik nebst Gratis-Abonnement gegen Einfindung von M. 8.)

- Berlin N.** Chr. Hilgenfeld, Bergstr. 60, Restauration, Arbeitsvermittlung und Zahlstelle der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer.
- W. Rippte**, Markusstraße 14, Eingang Grünerweg, Arbeitsvermittlung. Zahlstelle der Zentral-Kranken-kasse der Zimmerer.
- Julius Kamann, W.**, Kulmstr. 36, Restauration, Arbeitsvermittlung. Zahlstelle der Zentral-Kranken-kasse der Zimmerer.
- Bergedorf.** Zentralherberge und Verkehrslotal bei Joh. Bez, Töpfertwiete 8.
- Breslau.** Verkehrslotal und Zahlstelle des Verbandes und der Zentral-Krankenkasse: Herrenstr. 19, Brauerel. Zentralherberge „In den drei Tauben“, Neumarkt 8.
- Charlottenburg.** Jeden Dienstag nach dem 1. und 15. jedes Monats: Versammlung. Verkehrslotal sowie Zahlstelle der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer beim Kameraden S. Krause, Bismarckstr. 74.
- Danzig.** Vereins- und Verkehrslotal (Privatlokal) des Lokalverbandes, Breitegasse 42. Dasselbe ist nur Abends von 6 Uhr ab geöffnet.
- Dresden.** Verkehrslotal und Herberge: „Gasthof zum goldenen Faß“, Münzgasse 3. Jeden Sonnabend: Zahlstelle des Verbandes, 2. Bezirk.
- Rehl's Restaurant**, Mittelstraße 6. Jeden Sonn-abend: Zahlstelle des Verbandes, 1. Bezirk, sowie der Zentralkrankenkasse, Zahlstelle I.
- Zimmermann's Restaurant**, Schönbrunnstr. 1. Jeden Sonnabend: Zahlstelle des Verbandes, 3. Bezirk, sowie alle 14 Tage der Zentralkrankenkasse, Zahlstelle II.
- Düsseldorf.** „Neue Welt“, Flingerstraße 37/39, Kranken-kassen- und Verbandslokal, sowie Zentralherberge.
- Hamburg.** Zentralherberge: Bied (vormals Diehl), Große Rosenstraße 37.
- Hamburg-St. Georg.** Aug. Bräsecke, Steinhornweg 2, Keller.
- Hamburg - Eimsbüttel.** Fr. Lemde, Verkehrslotal Belle-Alliancestr. 49.
- Hamburg-Warmbeck.** D. Niemeher, Wohldorferstr. 9, 2. Et. Vermietung von Zimmererwerkzeug.
- Hamburg-Warmbeck.** Verkehrslotal für Zimmerer, Hud. Ellerbrock, Hamburgerstraße 134, gegenüber der Elsastraße.
- Hannover.** Versammlungslotal bei Volte, Neuestr. 27, Zentralherberge bei Klingfink, Wallhofferstr. 1.
- Harburg.** Versammlungslotal der Zimmerer u. Zentral-herberge bei Herrn Lüssenhop, erste Bergstraße 7.
- Kellinghusen.** Herberge und Vereinslokal: S. Wrage, „Volkshalle“.
- Leipzig.** Verkehrslotal und Arbeitsnachweis bei Gillies, Restauration, Universitätsstr. 6. Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse „Universitätskeller“, Ritterstr. 7. Her-berge Kl. Fleischergasse, 3. Neubauer's Restaurant. Kassirer der Zentralkrankenkasse: Joseph Fritzsche, Leipzigerstr. 3 und August Kaiser, Friedrichstr. 41.
- Lübeck.** Verkehrslotal: Fr. Spahrman, Hundestr. 101. Arb.-Nachw.: W. Hormann, Schlumacherstr. 5/16.
- Rostock.** Verkehrslotal für die Verbandsmitglieder und Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse bei W. Marien, Beguinenberg 10.
- Spandau.** Zimmererherberge und Verkehrslotal bei H. Schulz, Adamstraße 9.
- Stettin.** Verkehrslotal, Logirhaus, Zahlstelle des Ver-bandes deutscher Zimmerleute und Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse bei Fr. Garrath, Bogislawstr. 22.
- Stuttgart.** Verkehrslotal und Zahlstelle des Verbandes und der Zentral-Krankenkasse, Holzstraße 18. Zentral-Herberge, „Gasthaus zum Hirch“, Hirschstraße 14.
- Wilhelmshaven.** Verkehrslotal und Herberge im Vereins- und Kongerthaus „Zur Arche“ in Bant. Arbeitsnachweis bei G. Gerdes, Neue Wilhelmshavenerstraße 4.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.